

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur-Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Belegungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7124.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inseerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kreuzsprecher: Amt 1, Nr. 1568. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 23. Februar 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Demaskirt.

Das Mäntelchen der Moral und einer von uns nie begriffenen idealen Größe, mit welchem sich die Verteidiger des Militarismus stets zu umhüllen lieben, und hinter welchem sie sich verstecken, um die Vertreter einer anderen Weltanschauung um so „ritterlicher“ zu überfallen, dieses Mäntelchen ist heruntergerissen und eine erhaltene verzerrte Frage bietet sich dem Beschauer dar, und setzt die Augen derjenigen in Ersauern, die das Ersauern in unserer Zeit der Unglaublichkeiten noch nicht verlernt haben.

Nach dem russischen Oberleutnant W. M. Klemowatzky, der ein grundgelehrtes Buch über die Moral und die „Verrechtigung“ der Militärspionage geschrieben hat, und für diesen veredelnden Zweig der militärischen Ethik eine Lanze brach, die ihm unmittelbar das Oberpatent des Generalstabes einbrachte, war es nun einem österreichischen Offizier vorbehalten, die Ethik des Militarismus etwas näher zu skizzieren, und uns mit einer Wahrheitsliebe, die an Zynismus grenzt, darzutun, was hinter den Floskeln von dem veredelnden, Männer erziehenden Waffenhandwerk, von der Schule der Völker, von dem „langst zur Wissenschaft erhobenen“ Kriegswesen für herrliche Absätze für die Kultur herauskommen.

Der österreichische Offizier, der es vorzog, die Anonymität für seine eben erschienene „Streitschrift“, wie er die 66 Seiten starke Broschüre) begehret, zu wahren, hat mit dieser ein Teufel für alle Zeiten geschaffen, ein document humain von der angeblich kulturfördernden Kraft des Militarismus.

In klagen Worten entwickelt der Verfasser ein hübles Sehen nach den vergangenen Tagen des Versöhnens. „Die Grenadiere Friedrichs des Großen, in zwanzig Schlachten erprobt, die sich bei der Parade willig mit dem Kurzgewehr des Unteroffiziers schlagen und klopfen ließen“, sind ihm ein Ideal. — „Versuche man dies nur gegen wärtig mit Leuten, die sechs Wochen bei der Fahne stehen“, klagt er, „denn je länger der Soldat heute bei der Truppe dient, desto mehr entsetzt in ihm das Gefühl des eigenen Wertes, der persönlichen Würde.“ Dieser moderne Soldat, der absolut nicht die Anforderungen erfüllt, die an ihn gestellt werden, wäre ein Ergebnis des heutigen Volksheeres, das ihm im allgemeinen der Dorn im Auge ist und an welchem unser ganzes Heerwesen krankt. Allerdings Menschen, die Anspruch auf Würde und Selbstgefühl zu machen sich erdreisten, sind diesem Urtheile nach überhaupt keine verdienstlichen Soldaten. „Ohne dem Zeitgeist eine übertriebene Bedeutung beizulegen“, glaubt der Verfasser, daß man leicht feststellen können wird, daß der Rekrut die vor ihm liegenden Jahre des Dienstes als eine unwillkommene Unterbrechung ansieht, während bei den alten Heeren, die ihm das Eldorado scheinen, der sich dem Kriegesstande widmende Soldat seinen ganzen Ehrgeiz einsetzt, seine Stellung auszufüllen, theils um des Erwerbes willen, den er bei der Truppe fand, theils aus Neugier zu dem freien und angenehmen Leben, das ihm geboten war. „Sein ganzes Streben und Hoffen richtete sich auf den Dienst, denn er gab mit dem Eintritt in das Heer sein ganzes bürgerliches Fortkommen auf und wurde dauernd an die Fahne gefesselt, während der Volkskrieger der Reizzeit hingegen

den ganzen Kriegsdienst für sich, sein Leben und für seine Zukunft von nebensächlicher Bedeutung ansieht.“ Das wäre auch nach des Verfassers Ansicht der Grund, warum ein Volkskrieger einem Berufsheere bei sonst gleichen Kräften unterliegen müsse. Man sieht, der Autor muß ein Geistesverwandter jenes Feldwebels der „fliegenden Blätter“ sein, der flüchtig bemerkte, so lange die Soldaten überhaupt noch aus dem Juvil genommen werden, kann's überhaupt keine tadellose Armee geben.

Nur das Schwanken zwischen Furcht und Hoffnung könne den Volkskrieger einiger im Auge behalten, und was die Hoffnung anbelangt, muß der Verfasser zugeben, und gesteht es auch recht offenherzig ein, daß das Soldatenleben eigentlich blutwenig geben kann, was dem Krieger ein Äquivalent für das Hoffen bieten würde. Ja! Den alten Landsknecht, meinte er, den konnte man mit einer „derben Belohnung“ tödnen, worin soll aber diese Belohnung heutzutage bestehen, die die Hoffnung des Soldaten soweit anregt, daß er ein brauchbarer Schieß- und Stech-Automat wird? „Vordrängung zu höheren Stellen? Dies ist dem Berufssoldaten von heute notwendig (!) verlag.“ Geld? — Vielleicht. — Doch nur vielleicht! Marschiren, exerciren, manövrieren wird mancher Volkskrieger für Geld. Ob er sich jedoch wird todtschießen lassen für Geld ist fraglich!“ Für Auszeichnung, Ehre, Ruhm? Auch das bezweifelt unser Gewährsmann, denn, meint er, es giebt ja Ordensjäger, ja, — aber Ordensjäger, die den Hals für ein buntes Band wagen, deren giebt es sehr wenige!“ Diese an und für sich gesunde Ansicht will der Verfasser aber nur für die Mannschaft bestehen lassen, denn beim Offiziere hält er das rüchichtslose Wagnis um ein schlichtes Kreuz für selbstverständlich. Er folgert übrigens mit viel Menschenkenntnis, daß dem Soldaten die Aussicht auf Nachruhm kein Äquivalent für seine Hoffnungen bietet, zumal der „Pfläntler, der jeden Augenblick fallen kann, überhaupt nicht weiß, ob er Ruhm oder Belohnung überleben wird.“

Es ist nun klar, daß der Verfasser beim Verfassen aller Reizmittel für die Hoffnung, als Ansporn des modernen Volkskriegers sein Schwergewicht auf das andere Spornmittel, die Furcht legt, und diese unter dem Titel: Furcht oder Manneszucht ausgebildet wissen will, und die er in den Vordergrund alles Sein zu stellen sich bemüht. Er will den Drill in der antiquarischen Form und pfeift sozusagen auf alles, was Erziehung, Ethik, überhaupt „sogenannte“ Moral ist, denn sie kann nur Furcht, Weigabe, Fütter neben dem Zwange und der Furcht sein, die die Grundlage der Heereserziehung bilden.

Die Manneszucht, die er meint, besteht in der unbedingtesten Unterwerfung, „alles Andere ist Hirngespinnst und Träumerei“. Das Maß dessen aber, was der Soldat an Einschränkung seines Willens erträgt, richtet sich nicht nach dem ihm inne wohnenden Ehrbegriff, sondern nach den jemaligen Gebräuchen der Zeit und dem Ansehen, welches der Führer sich zu erwerben versteht. „Manneszucht zeigt sich vor

*) An einer andern Stelle hält der Verfasser es für unmöglich, die dem Offizier geläufigen Begriffe von Pflicht und Ehre in der gewünschten Vollständigkeit auf die breite Masse der Truppe zu übertragen, und wenn dies möglich wäre, fragt er herzlich nach: „Wo bleiben dann die doch nothwendigen (!!) Unterschiede zwischen Offizier und Mann?“

allen niemals (!) in dem Bewußtsein der eigenen Ehre, Bedeutung und Würde, sondern in dem Verzicht auf diese Dinge!“

Von dieser Ansicht ausgehend wird es nicht befremden, wenn der Verfasser die Uebungen des Manöverfeldes und des Exercierplatzes als nicht genügende Schule für den Krieg betrachtet, wo alle die Strapazen und Uebungen „nur vorübergehend sind“, und daß er wünscht, zwar mit dem Zufuge, daß sein Wunsch wenig Wahrscheinlichkeit auf Erfüllung hat, daß man sich entschleße, Manöver mit scharfer Munition abzuhalten, denn die Manneszucht im Kampfe scheint doch entscheidender zu sein, als die auf die Spitze getriebene Fertigkeit und Vollkommenheit in der Feldübung je sein können.

Kann der Wunsch, scharfschießende Manöver abzuhalten, befreunden, selbst mit der eigenen Ansicht der Unmöglichkeit geäußert, wenn die kriegerische „Furcht“ nach seiner Definition nichts anderes ist, als die „Bereitwilligkeit zu sterben“? „Ob diese Bereitwilligkeit durch das Rad oder durch den Stoß, oder durch Aufschmelzung der Hoffnung, oder durch Ethik erreicht wird, ist seiner Meinung nach bedeutungslos!!!“ Auf diese Furcht kommt es ihm aber besonders an.

Das ein System, das auf Furcht und Zwang gebaut ist, mit der Moral und zwar mit dem, was wir gewöhnliche Sterbliche unter Moral verstehen, auf gespanntem Fuße steht, ist selbstverständlich, und die Ethik und die Moral ist das rothe Tuch unseres Verfassers; sie will er aus dem Militär, und somit aus der Welt, denn diese ist doch nur des Militärs wegen da, ganz ausgerottet sehen, diesen Flitter, dieses Beiwerk, diese Ausgebirten der „philosophischen Querspäße“!

Was Moral sei, darüber haben sich nach C. v. R. die Philosophen schon oft die Köpfe zerbrochen, und die Begriffe derselben seien so undefinirt, daß man davon erkennen kann, wie wenig thätlichen Werth die Moral im Leben besitze!

Jeder Stand, jede Jungs habe eine andere Moral, und die Moral des Soldaten bilden die Kriegsethik. „Köste Gott, es bliebe dabei, und behüte Gott, daß besonders in einer Zeit, wie die gegenwärtige, der weite Begriff menschlicher Moral als zumeist zwecklose Zugabe zu den engeengenen Satzungen der Kriegsethik trete. Wozu denn auch Moral und Ethik, die Heere des Prinzen Eugen und der Maria Theresia haben davon nichts gesehen und nichts gehört, und nur zur Aufzählung würde es führen, wenn diese beiden Dinger da „zu mehr als nebensächlicher Bedeutung im Heere gelangen würden. Kultur und Zivilisation sind nicht die Maßstäbe, mit denen man Heere mißt, und menschliches Fühlen und Denken widerspricht dem Gebrauche des Menschen zum Kriege“. Also mit einem Worte, der Verfasser meint, zum Kriege ist nur die Bestie zu gebrauchen, darum nieder mit allem Menschlichen in der Institution der Heere. „Leben und leben lassen ist kein Wahlspruch für ein Heer, die leitenden Gewalten lassen es ja leben, und gönnen ihm gerne, was ihm gewährt werden kann. Klingt nun in solchen Zeiten, besonders in einer Zeit, in welcher, wie jetzt, die Würde des einzelnen Bürgers, die Wichtigkeit des letzten Körpergelloppins so hoch im Schwange steht, das hohe Lied des menschlichen Denkens und Fühlens in das Heer, so steht zu befürchten, daß solches eine Abschwächung der natürlichen kriegerischen Anlagen nach sich ziehen würde. Ist es Ethik, ist es Moral — ist es selbstlose Liebe zum Ruhm, was dem Siege folgt? — Sind das

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt südamerikanischer Geschichte.

Am anderen Tage, der diesem endgiltigen Beschlusse folgte, hatte Herr Pantista Gili einen bestigen Anfall von Herzbeschwerden, so daß er erklärte, sofort nach Paragnayri reiten zu müssen, um dort bei einem Franzosen, der eine kleine Apotheke hielt, eine Arznei zu kaufen, die ihm Erleichterung schaffen sollte. Er ritt, von zwei Soldaten begleitet, die Kordillere hinab nach dem Flecken, ritt auch zu dem Heilkünstler und erstand sich seine Arznei; erklärte aber gleich, daß die Apotheke von Franzisko Guanes das eigentliche und richtige Mittel für seine ihn so bestig plagende Krankheit habe, weshalb er den Franzosen bat, ihm morgen in aller Frühe einen Brief auf die Bahn zu besorgen an seinen alten Gewatter Pancho Guanes, und dann das Heilmittel, was ihm sein Gewatter sofort senden würde, für ihn in Empfang zu nehmen. Er würde es dann gelegentlich abholen lassen; oder, wenn der Apotheker Gelegenheit hätte, könnte er es ihm auf die Kordillere hinaufschicken. Er schrieb auch vor den Augen des Franzosen auf einen Briefbogen einen Auftrag an Guanes, ihm so und soviel Unzen einer näher bezeichneten Salbe zu schicken, auf der anderen Seite stand aber die genaue Beschreibung des Kriegsplans der Rothen und alle Einzelheiten über die Zusammenfassung der Revolutionstruppen. Darauf lehrte er mit großer Zufriedenheit nach dem Lager zurück.

Nach zwei Tagen spazierte Ricanor Godoy an der Dorfgränze in der Nähe des Abstriegs einher und unterhielt sich mit der Schildwache, die dort postirt war, als aus der

Bergschlucht von unten auf ein paraguayischer Bursche auftauchte, der einen großen zugebundenen Topf trug. Die Wache hielt ihn an. Er komme von Paragnayri herauf vom französischen Doktor, der soeben für den kranken Herrn Pantista Gili diese Salbe von Herrn Guanes erhalten habe und sie expresse heraufschickte.

Der Revolutionär Gili stand im Lager der Rothen natürlich außer allem Verdacht; nur Ricanor Godoy hatte bislang ein Mißtrauen gegen ihn behalten, ohne es gegen jemand laut werden zu lassen. Eine dunkle Ahnung stieg in ihm auf, daß dieser Topf irgend eine geheime Korrespondenz bergen könne.

Du brauchst nicht weiter zu gehen, Bursche. Hier hast Du einen Real und laufe Dir irgendwo einen Schnaps; ich will die Salbe für Pantista schon besorgen.

Tamit ergriff er den Topf und verschwand nach dem Dorfe zu, schte sich aber, als er aus der Schwelte der Wache war, mit ihm hinter einen Strauch und öffnete ihn ohne jede Scheu. Obenauf lag ein kleiner, offener Brief.

Wird sich hüten darcin etwas zu schreiben. . .

Dann zog er sein Messer aus dem Gürtel und stieß dasselbe in den Inhalt des Topfes, der eine graue Salbe war, verschiedentliche Male bis auf den Grund, ohne etwas entdecken zu können. Er wandte den Topf nach allen Richtungen, um ihn überall zu beschauen; aber er konnte nichts entdecken. Kopfschüttelnd band er ihn wieder zu und machte sich mit ihm weiter auf den Weg, um ihn Gili zu übergeben.

Habe da eine Arznei oder Salbe bekommen für Euch, Pantista. . . Ihr müßt meiner Seel' ungemein krank sein, wenn Ihr deswegen nach Asuncion schreiben müßt; taugt eigentlich nicht viel zum Soldaten. . .

Gewiß, Ricanor, ich habe diese Nacht wieder ganz bedenkliche Anfälle gehabt; aber ich versichere es, daß diese Salbe einzig ist dafür. . . Da schreibt Guanes auch, wie ich sie anzuwenden habe. . . richtig. . .

Er hatte den kleinen Brief geöffnet und las laut den Inhalt:

„Entleere sorgfältig den ganzen Inhalt des Topfes, streiche die Salbe auf ein Stück reinen Zeuges und binde es 24 Stunden auf die linke Seite der Brust. Dazu esse nichts Saures, und gehe nicht nackten Fußes im feuchten Gras.“

„Ist ungemein unhöflich dieser Francisco, nicht einmal grüßen kann er. . . ist aber ein Geschäftsmann und will es mit keinem verderben. . .“ Damit warf er das Papier zu Boden.

„Entschuldigen die Herren, daß ich mich zurückziehe, um meine Salbe aufzuliegen.“

Als er in seinem kleinen Zimmer allein war, entfernte er sorgfältig die Salbe aus dem Topfe, zündete ein Licht an und schmolz darüber noch den letzten Rest heraus, und entdeckte dann auf dem Boden des Topfes in feiner Schrift die beiden indianischen Worte: iponá oyó (es ist gut, kommt!).

Als er nach einigen Augenblicken augenscheinlich sehr erleichtert zurückkehrte, schaute ihn Ricanor sinnend an und auch Caballero schien etwas auf der Junge zu liegen; er getraute sich aber nicht recht es zu sagen, da er sich zu sehr an die Geschichte mit dem rothen Strumpfband erinnerte.

Wenige Tage darauf begann der Marsch auf Asuncion zu.

Der Herr Apotheker Guanes machte an dem Tage, an dem er seine Salbe abgeschickt hatte, außergewöhnlich lange Morgentoilette. Er musterte seinen schwarzen Gehrock und seine blanken Lackstiefel sehr lange; rasirte eine halbe Stunde eigenhändig an seinen kurzen Bartstoppeln und schalt seine Diensthofen während dieser Zeit, daß sich in seinem Zylinderhut eine Beule vorfand. Nachdem er sich so sehr sorgfältig angekleidet, machte er Herrn Godin, dem brasilianischen Gesandten, der seit dem Kriege in Paraguay residierte, und den wir oben schon einmal erwähnt haben, einen Besuch.

„Was verschafft mir das Vergnügen, mein verehrter

die Stimmungen, aus welchen die „wilde Luft“ zu verfolgen und zu vernichten spricht? — Das Gefühl das eine heilige Truppe erfährt, hat mit Ethik und Moral nichts gemein. In den, nur einzelnen Bevorrechteten erreichbaren Höhen der Moral und Ethik schwebend, sehen die Begeisterten nicht, daß, um Moral und Ethik dem Manne beizubringen, man sich nicht einer über-schwänglichen Sprache, sondern darschen Tones und unzweideutiger Winke bedienen muß! Die Begeisterten der neuen Zeit lachen über den Jopigkeit der vom Manne verlangt, er habe regungslos und schmerzlos darsitzen, wenn ein Vorgesetzter mit ihm spricht. Sie selbst so wenig wie die andern kennend, sehen die Begeisterten darin zweifels Quälerei und morgen werden sie darin vielleicht Verletzung der Manneswürde sehen, sowie bei ihnen heute schon der Hippenstoß in die Seite des vierstündigen Meltruten als solche gilt.

Nach dieser Andese von wörtlichen Zitaten wird es nicht wunder nehmen, wenn der Verfasser zu dem Schlusse gelangt, daß der Satz: Bildung macht frei, auch so ein Satz ist, den so mancher irriger Weise deutet. Und die Intelligenz vieler Jünglinge findet der Verfasser nur bescheidend „in der Kunst an-genehm zu leben“. Eine andere Intelligenz mag er wahrlich schwer begreifen können. Sagt man doch: der oder der ist schneid, wenn er es versteht gut zu leben. Wir kennen diese „mans“. Schriftsteller, Gelehrte und Forscher will der Verfasser gar nicht im Heere, hält sie demnach für die Welt überflüssig, und wenn man ihnen nicht Plätze außerhalb des wehrhaften Mannschafstandes (etwa in der Väderei oder beim Train?) anweisen kann, wird es dem Feldherrn gleichgültig sein, ob er rohe oder gebildete Meltruten oder Gelehrte vorfindet, ja er wird die ersteren gar vorziehen, denn der weitans größte Theil ist zum Kampfe bestimmt, für welchen, er gesteht es so reizend offen ein, nur sehr wenige Kenntnisse nötig sind. Man merkt, der steigende Schulmeister von Königstätt ist nur ein bürgerliches Axiom.

Für einen Mann, für den Moral, Ethik und Intelligenz einen so geringen Werth haben, existirt selbstverständlich eine öffentliche Meinung „mit all den sie bewegenden Stürmen“ auch nicht. Darum kann es nicht Wunder nehmen, daß dieser Wohlblut-militär nur von „Friedenspausen“ schreibt, und von „einem Widerspruch der arbeitenden und erwerbenden Masse des Volkes gegen einen ge-planten Krieg, der nicht allzusehr ins Gewicht fällt“. Und die Thatsache, daß die allgemeine Stimmung der europäischen Völker widersobne zum Frieden hinneigt, scheint ihm „absolut kein Hinderniß gegen eine geplante Krieg-führung“ zu sein. — „Nichtsdestoweniger“, meint der große Geist, macht sich aber dieser Einspruch angeht der Art, wie die Heere gegenwärtig aufgestellt werden, auf dieselben dennoch geltend, doch, meint er, sind es nur gewisse politische und gesellschaftliche Kreise, welche diese Elemente als Ersatztheile in das Heer bringen, die jedoch aber nur einen geringen Bestandtheil bilden.

Genug der Auszüge — Du bist gezeichnet! — Du bist gerichtet!

Gerunter nahnst Du die Maske und da spukt uns ein grinsender Todenschädel ins Gesicht, angethan in farbigen Tand und blindefnden Talmistosen.

Man könnte einwenden, der Mann sei ein öster-reich-scher Militär und schließlich auch nur einer. Als ob es überhaupt nationale Militärs gäbe. Die Männer vom bauenden Regen und von der schiefenden Blinde, die sich auch in ihren Schritten so darstellen, sind eine internationale Erscheinung. Der Militarismus, der zwar die verschiedenen Vaterländer und den Nationenkultus vertheidigen soll, er ist eine internationale Institution, die große Blut- und Eisen-Internationale! Ob Russe oder Deutscher, ob Oesterreicher oder Japaner, es ist derselbe Geist, der im Körper des Molochs herrscht. Es giebt bei ihm nur eine Maxime, nur eine Ethik und nur eine Moral.

Manneswürde, Ehre, Beruf, Familie, Liebe, Wissenschaft, Moral, Kunst, Technik, Fortschritt in jeder Weise, die Arbeit und das große Mitleid lauter Dinge, die kein Exerzireglement verzeichnet, und kein Dienstreglement vorschreibt, sie sind ja nichts weiter, als eitel „Blitter, Futbat, Nebenboche, denn die Grundlage der Heereserziehung war stets und wird selbst gerade heute der Zwang und die Nöthigung bleiben!“

Pancho... wir haben uns schon einige Zeit sehr wenig gesehen, was ich von Herzen bedauere... Felipe, bring uns Kaffee... gab er dann einem Negers Besehl, der an der Thür stand, und nöthigte Herrn Guanés auf ein Nothtopha nieder. Herr Godin war ein kleiner geschmeidiger Brasilianer mit negerartigem Typus und ein listiger geriebener Fuchs.

Sie kommen wohl, mein lieber Pancho, um eine Liefere-rung für unsere Truppen zu erhalten... Ich habe gehört, daß wieder etwas Größeres angeschrieben wird... sie soll Ihnen nicht entgehen... dafür bin ich Ihnen sicher...

Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, Excellenz, daß Sie sich fortwährend Ihres Dieners erinnern; aber mein Kommen berührt eine andere Sache... Wenn Sie mir ge-statten wollten, von etwas anderem mit Ihnen zu reden, als von der Apothekerin... Und das wäre...

Ich möchte von Ew. Excellenz gerne 500 Leguas Land kaufen, die dort im Norden des Rio Apa liegen... sie sollen einige bedeutende Thewalden enthalten und deshalb interessirt mich das Land... Der Brasilianer schaute einen Augenblick verdutzt auf. „Behagt Ew. Excellenz das Geschäft mit mir nicht?“ (Fortsetzung folgt.)

Theater.

Im Schiller-Theater trat gestern eine junge Künstlerin mit überlich recht ansprechendem Erfolg auf. Fräulein Hedwig Pauli aus Bremen hatte sich die schwere Rolle der Louise in Schiller's „Kabale und Liebe“ gewählt, um ihr Können zu zeigen. Ganz richtig ist dieser Ausdruck zwar nicht. Die Dame gab die unglückliche Musikantentochter in schlichter, natürlicher Einfachheit, und sie ließ sich wenig auf das große Geschick und die tragischen Effekte ein, durch welche in früheren Zeiten und auch neuerdings wohl noch die Durchschnitts-Schauspielerinnen auf billige Weise brillirten. Aber war es schäckerne Befangenheit oder eine etwas zu kluge Mäßigung; und schien, als ob die Künstlerin nicht ganz aus sich herausging, als ob sie von ihrer Kraft, von ihrem vollen Können einen Theil noch verborgen hielt. Wenn der Augenchein nicht zu sehr täuscht, so glauben wir uns zu der Annahme hin-neigen zu dürfen, daß Fräulein Pauli nicht allein wie gestern, decent und formgerecht, sondern auch gestaltungskraftig zu spielen versteht und wir hoffen, daß der Künstlerin bald, beim Einleben in das Ensemble, Gelegenheit gegeben wird, dem Publikum ein volles Talent zu offenbaren. — Auch die Rolle der Lady Milford, die wir kürzlich von Fräulein Tesch dargestellt sahen, war gestern neu besetzt. Elisabeth Creve ließ zu Anfang die Natürlichkeit vermissen, mit der man jetzt glücklicherweise auch auf Bühnen, die sich nicht als solche ersten Ranges rühmen, unsere Künstler darstellt. Die abgelebte Spreiztheit machte erst im vierten Akt einer wahren, innerlichen Wärme Platz. Sonst war die Rollen-besehung des Trauerspiels die alte im großen und ganzen lobenswerth.

Politische Uebersicht.

Berlin, 22. Februar.

Aus dem Reichstage. Sobald wird auch die Reichs-regierung sich nicht wieder darauf einlassen, erst große Aus-gaben festzulegen, ehe die Deckung dafür gesichert ist. Wie schwer fällt es nicht jetzt, die Millionen für die letzte Militärvorlage herauszuschlagen!

Graf Caprivi hat seinerzeit die Zusage gemacht, daß diese Kosten nicht wieder auf die schwächeren Schultern gelegt werden sollen. Trotz dieser Zusage wird die Erhöhung der Tabaksteuer auf nichts weiter hinauskommen, als daß ein Genugmittel der niederen Volksschichten wesentlich ver-theuert und außerdem mehrere zehntausend brave Arbeiter arbeitslos gemacht werden.

Diese bitteren Folgen wurden besonders von unserem Genossen von Elm beleuchtet, wie überhaupt diese Rede, was Sachkenntniß und praktische Erfahrung betrifft, mit als eine der besten Leistungen der zweitägigen Debatte bezeichnet zu werden verdient.

Gegen die Vorlage sprach heute noch der Badenser Wasser-mann, während die Pfälzer Dr. Schäbler und Brünings-darüber eintraten.

Ein weißer Hase in der konservativen Partei ist in dieser Frage der „Kreuz-zeitungs“-Redakteur von Hammerstein. Die Rücksicht auf seinen westfälischen Wahlkreis Herford-Halle, wo eine sehr starke Zigarren-Industrie vorhanden ist, nöthigt diesen Junker, sich gegen diese wie gegen jede andere geartete Tabaksteuer-Erhöhung aus-zusprechen.

Da der Herr Präsident die Generaldebatte heute um jeden Preis zum Abschluß bringen wollte, so kam der einzige Redner der Freisinnigen erst gegen sechs Uhr zum Wort, wobei derselbe nicht versäumte, sich über diese Zurück-sehung zu beschweren.

Präsident Leberow wies diesen Vorwurf zurück mit dem Hinweis, daß im Reichstag keine Rednerliste geführt werde und daß von den kleinen Parteien der Linken drei Redner gesprochen haben.

Leberow ist richtig, aber der Herr Präsident übersah doch, daß von der nationalliberalen Partei allein, welche noch nicht die Hälfte Mitglieder der kleinen Parteien der Linken zählen, drei Redner sprachen, ehe der freisinnige Vertreter das Wort bekam.

Als letzter Redner gab Schluß-Lupis noch der Hoff-mung Ausdruck, daß es bei einer vorsichtigen Schutzgesetz-gebung gelingen werde, den heimischen Tabakbau so zu veredeln, daß wir das Rohprodukt für unsere Zigarren selbst erzeugen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. —

Eine unglaublich klingende Nachricht wird aus Eisenach berichtet. Dort muß nämlich eine Neuwahl zum Reichstag stattfinden, weil der Reichstag die Wahl des bisherigen Abgeordneten Casselmann kassirte, da in die Wahl-listen in Eisenach eine Anzahl Armeegeld-Empfänger auf-genommen waren und mitgenommen hatten.

Jetzt wird nun aus Eisenach berichtet, daß die dortige Behörde die nothwendig gewordene Neuwahl angeordnet hat, ohne vorher eine Neuaufstellung der Wählerlisten an-zuwenden.

Nun heißt es aber im § 8 Abs. 3 des Wahlgesetzes, daß nur für Neuwahlen, welche innerhalb eines Jahres nach der letzten allgemeinen Wahl stattfinden, es der Aufstellung neuer Listen nicht bedarf. Dieses Jahr ist aber bekanntlich längst abgelaufen und deshalb gar nicht abzugehen, mit welchem Recht die Behörde in Eisenach ihre dem Gesetz direkt widersprechende Anordnung begründen will. Seitens der Freisinnigen Volkspartei ist übrigens eine Interpellation im Reichstag eingebracht, worin um Aufklärung über dieses ungeschickliche Vorgehen gebeten wird. —

Bundesrath. In der am 21. d. M. abgehaltenen Plenar-sitzung des Bundesraths wurden, wie wir zur Ergänzung unserer Mittheilungen in der letzten Nummer zu berichten haben, die Allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt's-Etat für das Etatsjahr 1891/92 und die Erweiterung des Bezirks der Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse in Halle a. S. den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Entwurf eines Gesetzes für Eisen-Vorbringen wegen Aufhebung des Gesetzes über die Ernennung und die Befolgung der Bürgermeister und Polizeibeamten vom 4. Juli 1887, sowie den Ausschufanträgen, betreffend die Abänderung des Etats der Salzsteuer-Verwaltungs-kosten für das Herzogthum Anhalt, dem Entwurf von Vorschriften zur Abänderung der Salzvermessungs-Ordnung, und betreffend die Verlagen über die zollfreie Ablassung von Abespaltungen zur Verwendung beim Schiffbau, wurde die Zustimmung ertheilt. Ferner wurde über die Neuwahl eines Mitgliedes des Reichsbank-Ruratoriums, sowie über verschiedene Eingaben Be-schluß gefaßt.

Im Abgeordnetenhause dominierten heute Polen und Centrum. Die Polen beklagten sich, und die Polen haben wirklich Geschick in der Agitation für ihre Ziele, daß in den Volksschulen der polnischen Landestheile Preussens die polnische Sprache unterdrückt werde. Und dann trugen die Zentrumsleute dem Kultusminister ihre speziellen Wünsche vor. Im Ministerium soll eine besondere katholische Abtheilung eingerichtet, das Altkatholiken-Gesetz soll aus der Welt geschafft, die katholischen Mönchs- und Nonnenorden wieder zugelassen, und vor allen Dingen, ein Volksschulgesetz geschaffen werden, das die Volksschule unter die Herrschaft der evangelischen und katholischen Pfaffen stellt. Die „christliche“ Erziehung soll wieder an die erste, das Lernen an die zweite Stelle gesetzt werden, wie wörtlich erklärt wurde. Schöne Ansichten, wenn die Schwarzgen siegen! — Nächste Sitzung ist Montag mit Fortsetzung der Debatte. —

Der Veruf der preussischen Landtags-Abgeord-neten. Der amtliche Statist ist folgendes über die Berufs-stellung der Landtags-Abgeordneten zu entnehmen:

Von den auf grund der letzten Wahlen in das preussische Abgeordnetenhause eingetretenen 433 Abgeordneten gebürten allein 40,2 v. H. zu den Landwirthen; es folgten die aktiven Verwal-tungsbeamten mit 14,8 v. H.; die aktiven Justizbeamten mit 12,2, die Gewerbetreibenden mit 5,8, die Rentner mit 5,3 und die Kaufleute mit 4,4 v. H. Bei den konservativen steigt der Antheil der Landwirthe auf 64,8 v. H.; bei den „Wilden“ beträgt er 55,6, bei den Freikonserativen 38,8, bei den Polen 29,4; auch bei den Nationalliberalen noch 28,9 und beim Centrum 23,2 v. H., wogegen bei der freisinnigen Volkspartei kein Landwirth vorhanden ist. Der Antheil der aktiven Verwaltungsbeamten beträgt bei den Freikonserativen 38,8, bei den konservativen 22,5, bei den Nationalliberalen nur 4,4 und beim Centrum nur 1,05, während die beiden freisinnigen Fraktionen und die Polen in ihren Reihen keine Verwaltungsbeamten zählen. Die meisten aktiven Justiz-

beamten hat das Centrum mit 31,6 v. H.; dann folgen die frei-sinnige Vereinigung mit 16,7, die freisinnige Volkspartei mit 14,3 und die Nationalliberalen mit 10,0 v. H. Bei den konservativen sind nur 4,9 und bei den Freikonserativen 5,0 v. H. Justizbeamte. Die Rechtsanwölle sind vornehmlich bei der freisinnigen Vereinigung mit 21,4 v. H. vorhanden; beim Centrum beanspruchen sie 8,8, bei den Nationalliberalen 4,4, bei den konservativen nur 0,7 v. H. Die meisten Kaufleute, Gewerbetreibende und Industriellen sind bei den Nationalliberalen mit 24,4 v. H. vorhanden; demnachst folgen die Polen mit 17,8, das Centrum mit 9,5, die freisinnige Volkspartei mit 7,1, die Freikonserativen mit 5,0 und die Kon-servativen mit 1,4 v. H. Die Rentner sind am meisten vertreten bei den Polen mit 17,8, beim Centrum mit 10,0 v. H. Seider fehlen bei dieser Statistik jegliche Vergleichszahlen von früheren Wahlen. Von sämmtlichen Abgeordneten wohnen 808 innerhalb ihres Wahlkreises, 128 außerhalb desselben, darunter 30 in Berlin und den Vororten. Im Durchschnitt hatten also fast dreiviertel aller Abgeordneten ihren dauernden Aufenthalt in ihrem Wahlkreise, von den Abgeordneten der konservativen Partei (128 von 142) noch ein viel größerer Theil, während umgekehrt bei dem Centrum und den Polen die Abgeordneten aus fremden Wahlkreisen überwiegen. Von den Nationalliberalen wohnen 62 innerhalb, 28 außerhalb, von den beiden freisinnigen Parteien 14 innerhalb und 6 außerhalb ihres Wahlkreises. —

Die in unserem Bericht aus der Umsturzkommission erwähnten Anträge der Abgg. Mintelen (3) und Dr. von Buchta (4) zu dem § 180 der Regierungsvorlage haben folgenden Wortlaut: Abg. Dr. v. Buchta und Genossen: „den § 180 Abs. 2 der Regierungsvorlage wie folgt zu fassen:

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher das Christen-thum, die Heiligkeit des Eides, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder die Unverletzlichkeit des Privatlebens durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift, welche geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu gefährden.

Der Antrag Dr. Mintelen und Genossen lautet:

1. In § 180 Abs. 2 die Worte „die Religion“ bis „das Eigenthum“ durch die Worte „die monarchische Staats-form“ zu ersetzen. 2. Einen neuen Paragraph folgenden Inhalts einzufügen: „Mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängniß bis zu 2 Jahren wird bestraft, wer öffentlich oder vor mehreren oder durch Druckschrift oder Bild das Dasein Gottes oder die Unsterblichkeit der menschlichen Seele, oder den religiösen oder sittlichen Charakter der Ehe oder der Familie angreift oder leugnet.“

Die Verlesung dieser Anträge wurde mit Andenken der Ueberbrachtung selbst auf konservativer Seite be-gleitet. Erklärlich werden diese Anträge nur, wenn man weiß, daß die nächste Woche die Faschingswoche ist. Das Centrum stellte auch noch den Antrag, den § 180 a, Kanzelparagraphen, zu streichen. Für sich selbst die un-bequemen Paragraphen aus dem Strafsgeze streichen und für andere Parteien wahrhaft strafgesetliche Ungeheuerlich-keiten einführen, das scheint neueste Centrumstaktik zu sein. Das Bestreben der konservativen, das Christenthum sacrosanct zu machen, die Judenschimpfreiheit aber auch für die Zu-kunft zu sichern, ist auch nicht ohne Interesse. —

Die bürgerliche Journalistik und die Umsturzvorlage. Der Verein „Berliner Presse“, diese mächtige Ver-einigung der bürgerlichen Tageschriftsteller Berlins, hat seinem Aufrufeskrange ein neues Blatt eingefügt, wie folgende Mit-theilung, die wir der „Berliner Zeitung“ entnehmen, beweist. Das Blatt schreibt über die am letzten Mittwoch stattgefundene Versammlung des Vereins:

Aus der Mitte der Versammlung wurde um Auskunft er-sucht, ob die von der „Berliner Zeitung“ gebrachte Mittheilung auf Wahrheit beruhe, wonach der Vereinsvorstand mit drei gegen zwei Stimmen es abgelehnt habe, die Umsturzvorlage zum Gegenstand der Berathung zu machen. Es wurde erwidert, daß der Vorstand mit Rücksicht darauf, daß in dem Verein die ver-schiedensten politischen Richtungen vertreten seien und es sich bei der Umsturzvorlage um eine wesentlich politische Frage handle, es nicht für angezeigt erachtet habe, ex officio die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu bringen. Nach An-sicht des Vorstandes müsse es den einzelnen Mitgliedern über-lassen bleiben, event. einen bezüglichen Antrag zu stellen. In-zwischen ist ein Antrag Stephan-Vollrath und Genossen an den Vor-sitzenden gelangt: Den Protestbeschlus des Münchener Journalistenvereins gegen die §§ 111a und 180 ad 2 der Umsturzvorlage auf die Tagesordnung der nächsten Vereins-versammlung zu setzen. Diesem Antrage konnte der Vorsitzende zur gestrigen Versammlung nicht entsprechen, weil er in formaler Beziehung seinen Anforderungen nicht entsprach. (7) Auf grund eines neu formulirten Antrages dürfte nunmehr die Berathung der Umsturzvorlage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden. —

Die „Post“ und der Fall Stumm und Liebknecht. Das verlogenste Blatt Deutschlands, König Stumm's „Post“, schreibt in einem „Professor Wagner und die Zukunft“ be-titelten Artikel:

Drollig nur ist es, wenn er dem Gegner vorwirft, dieser habe unter dem Schein der Redefreiheit beleidigt, und als Frei-herr v. Stumm sich dann zur vollen Verantwortlichkeit stellt, da ist es Professor Wagner, der von dieser Verantwortlichkeit keinen Gebrauch macht, während seine gute Freundin, „Das Volk“, in demingatorischer Weise nach dem Staatsanwalt schreit und ver-langt, daß diese Behörde noch einmal ihr Glück mit der Zu-muntheit der Abgeordneten versuchen soll, da doch eben erst der Reichstag diese Zummuntheit, sogar gegenüber einer groben Majestätsbeleidigung anrecht erhalten hat!

Liebknecht hat in seiner Eigenschaft als Abgeordneter in offener Sitzung des Reichstages diese angeblich grobe Majestätsbeleidigung begangen; er war nach Ansicht aller, die etwas davon verstehen, durch die Zummuntheit geschützt, während König Stumm in keiner Weise durch die Zummuntheit geschützt war, als er tölpelhafterweise den Professor Wagner zum Duell gefordert hat. So eilig es der Staatsanwalt im Falle Liebknecht hatte, so faunselig war er, als es galt, König Stumm zu verfolgen. —

Gegen die Tabaksteuer-Vorlage hat die gestern in Berlin abgehaltene außerordentliche Hauptversammlung des deutschen Tabakvereins die folgende Resolution gefaßt:

Die am 21. Februar 1895 in Berlin tagende, alle Zweige und alle Bezirke des deutschen Tabakgewerbes vertretende, stark besuchte Hauptversammlung des deutschen Tabakvereins, welcher gegen 1400 Rauchtabak-, Kautabak-, Schnupstabal-, Zigarren- und Zigarrettenfabriken und Rauchtabak-Handlungen umfaßt, erklärt auch die neue Tabaksteuer-Vorlage für unannehmbar.

Die Versammlung geht dabei von der auf Sachkenntniß, Erfahrung und erstlicher Prüfung beruhenden Ueberzeugung aus: I. Daß die beabsichtigte Mehrbelastung des Tabaks bei der wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes einen ent-sprechenden Rückgang in Tabakverbrauch und demzufolge Arbeiter-Massenentlassungen bis zu einem Fünftel der im Tabakgewerbe nachweislich beschäftigten ca. 170000 Arbeits-kräfte herbeiführen würde;

II. Daß die geplante Tabak-Fabriksteuer sich nicht ohne die weitgehendsten Belästigungen und die größten Erschwernisse für die Herstellung und den Verkauf von Tabakfabrikaten sowie

den Rohabathhandel würde durchführen lassen und deshalb
notwendigerweise eine Gefährdung zahlreicher wirt-
schaftlich schwächerer Tabakbetriebe und namentlich
des hochentwickelten handwerksmäßigen Kleingewerbes
trotz der scheinbaren Wohlthat der dauernd unbilligen
Pauschalierung zur Folge haben müßte;
III. daß diesen betragswerten Beeinträchtigungen weiter
Vollkreise keinerlei wirtschaftliche Vorteile gegenüber-
stehen, im Gegentheil auch der deutsche Tabakbau auf
die Dauer unter den Wirkungen des Winderverbrauchs
schwerer leiden würde.

Von diesen Erwägungen ausgehend, richtet der deutsche
Tabakverein in aller Ergebenheit an den hohen Reichstag die
dringende Bitte, dem von den verbündeten Regierungen vor-
gelegten Entwurf eines Tabaksteuergesetzes seine verfassungsmäßige
Genehmigung zu versagen.

Aus der dieser Beschlussfassung vorangegangenen Debatte
theilen wir noch folgendes mit:

Der Referent Kommerzienrath Schmidt (Altenburg) führte
aus, daß die vorgeschlagene Steuer eine Reihe wirtschaftlicher
Erfindungen vernichten müßte, sowie auch die jetzige Bekämpfung
in gewisser Weise das Prinzip der Wertsteuer, welches in der
Vorlage mehrfach durchbrochen wird, zur Geltung bringe. Einer
scharfen Kritik unterzog Redner die Form der Steuer, welche es
bedinge, daß, um die sich vorwiegend die höchsten Erträge er-
gebenden 22 Millionen Mark Mehrsteuer hereinzubringen, eine Mehrausgabe für Kon-
trolle auf Seiten der Verwaltung von zirka
vier Millionen und auf Seiten der In-
dustrie von vier bis fünf Millionen er-
forderlich werde, und welche die gesamte Fabrikation in
einen beständigen Verteidigungszustand gegenüber anscheinend
kereicherten, aber auch im eoblichsten Geschäftsbetriebe nicht zu
vermeidenden Beschlagnahmen seitens der Steuerbeamten bringe.
Unter der Heftigkeit der Versammlung schloß Redner eine ganze
Reihe von Möglichkeiten aneinander, unter welchen man in der
lokalen Weise das Steuererträgnis um einen nicht unbedeutenden
Prozentsatz schmälern könne, ganz abgesehen von den
diesbezüglichen Steuerhinterziehungen, zu denen es durch das Ein-
bringen unzulässiger Elemente in das Tabakgewerbe zweifellos
kommen werde. Im Anschlusse hieran wies Redner die Unhalt-
barkeit der beabsichtigten Pauschalierung der Kleinbetriebe nach
und schloß mit einer Kritik der Reichsregierung aus früheren
Jahren an dem jetzt von der Reichsregierung vorgeschlagenen
System der Fabriksteuer.

Als Nebenberichterstatter brachte Herr J. N. Biermann
(Bremen) die Wirkungen des Konsumrückganges auf die Arbeiter zur
Besprechung, für welche zu einem sehr großen Theile Bittorfsigkeit und
für die Verbleibenden starker Vordruck die unausdierliche Folge
sein werde. Redner berechnete den Lohnausfall infolge des Ge-
setzes auf jährlich 15-16 Mill. Mark, eine Summe, welche dem
Bruttowerte einer deutschen Tabakfabrik gleichkomme und
beinahe die Hälfte der von der Reichsregierung aus der Tabak-
fabriksteuer erhobten Mehreinnahmen betrage. Als Vertreter
der Hilfsgewerbe der Tabakindustrie machte sodann Herr Eduard
Weigang (Bremen) Mittheilungen über die Thätigkeit des Vereins
der Hilfsgewerbe und über die drohende Gefährdung der letzteren,
deren Bedeutung er mit Zahlen belegte, aus welchen hervor-
gehoben werden mag, daß unter Annahme des vom Tabakverein
behaupteten Konsumrückganges mindestens 4 Millionen Mark
Lohnausfall und eine Entlassung von ca. 4000 Arbeitern in den
Hilfsgewerben aus dem Gesetze entstehen würde.

Das neue Brauntweinsteuer-Gesetz. Es darf, wie die
„Nordd. Allg. Ztg.“ hört, angenommen werden, daß das Braunt-
weinsteuer-Gesetz jetzt dem Bundesrath in kürzester Frist zugehen
wird. Auch diese Vorlage bildet ein Glied in der Kette
der Maßnahmen, welche wesentlich im Interesse
der Landwirtschaft in den östlichen Provinzen
in Aussicht genommen sind.

Der Deutsche Handelsstag über die neuen Geset-
zentwürfe. Der Deutsche Handelsstag, die Zusammen-
fassung der einzelnen Handelskammern im Reich, hält soden eine
Zusammenkunft ab, um sich über drei der wichtigsten neueren
Gesetzentwürfe zu äußern, nämlich über den Gesetzentwurf
betreffend den unzulässigen Wettbewerb, die Ab-
änderung der Gewerbe-Ordnung und die Ab-
änderung des Unfallversicherungs-Gesetzes auf
das Handelsgewerbe. Der Handelsstag wurde von dem
Herrn Minister von Bülow mit einer schwingvollen
Rede eröffnet, der natürlich alle im Schöße der Regierung ge-
planten Gesetze empfahl. Dann äußerte sich der Handelsstag
zunächst über die Silberfrage; er erklärte, daß
der Deutsche Handelsstag unverändert an seinem Plena-
beschluß vom 12. März 1894 festhält, wonach an der deutschen
Goldwährung nicht gerüttelt werden darf; der Ausschuss
würde hierin eine fundamentale Schädigung des gesammten
deutschen Wirtschaftslebens erblicken, gegen welche nicht laut
und entschieden genug Protest erhoben werden kann. Ebenso wurde das
Präsidium beauftragt, baldmöglichst eine neue Plenarversammlung
des Deutschen Handelsstages einzuberufen, in welcher die
Währungsfrage mit besonderem Hinblick auf die gegen-
wärtige Sachlage zur Verhandlung gelangen soll.

Die Beratungen über den unzulässigen Wettbewerb, die
dann folgten und zu denen von der Hamburger Handelskammer ein
Abänderungsantrag vorlag, wurden heute nicht zu Ende
geführt. Es sprachen sich in der langen Debatte viele Stimmen
gegen das Gesetz, viele aber auch dafür aus; und die letzteren
schienen sogar in der Majorität zu sein. Dies
ist sehr bezeichnend. Der Gesetzentwurf soll bekanntlich
dem kleineren Mittelstande im Handelsgewerbe auf die Beine
helfen; aber wir machten schon früher darauf aufmerksam, daß
das Gesetz leicht zum Fallstrick für viele Angehörige dieser
Kleinere im Handelsgewerbe werden kann, indem der Groß-
handel das ganze Geschäft an sich reißt. Daß nun der Deutsche
Handelsstag, der eine Organisation fast ausschließlich des Groß-
handels ist, sich für das Gesetz erklären zu wollen scheint,
— das sollte den bewußten Mittelstandskleinen und der diese
protektierenden Regierung doch zu denken geben.

Schutz der Bauhandwerker. Bei der zweiten Lesung des
Bürgerlichen Gesetzbuches ist von dem preussischen Handelsminister
die Frage eines wirksamen Schutzes der Bauhandwerker bei
ihren Forderungen bei Neubauten in Anregung gebracht
worden. Inzwischen sind, wie die Berliner Politischen
Nachrichten schreiben, die Erörterungen, die von dem früheren
Justizminister Dr. v. Schelling über diese Frage ein-
geleitet worden waren, von seinem Amtsnachfolger wieder auf-
genommen, und es werden daher im Zusammenhange mit
der eingangs erwähnten Anregung des Handelsministers zwischen
den beteiligten Ressorts eingehende Verhandlungen über diese
neuerdings in der Öffentlichkeit wieder mehrfach behandelte
Frage stattfinden, die auch auf die gewerbspolizeiliche Seite der
Sache sich erstrecken dürften.

In „Erwägungen“ und „Berathungen“ und „Prüfungen“
und „Verhandlungen“ kann die jetzige Regierung überhaupt sehr
viel leisten.

Die Dortmund Arbeiter und die Bismarckfeier.
Am letzten Dienstag beschloß der Sozialdemokratische Verein in
Dortmund in einer Versammlung, auf der die Bewilligung
städtischer Gelder zur Bismarckfeier stand, nach längerer
Debatte die folgende Resolution:
„In Erwägung, daß städtische, durch Steuerzahler aller
politischen Parteien aufzubringende Gelder nicht zu Festen verwandt
werden dürfen, die einen einseitig partei-politischen Charakter
tragen und woran deshalb größere Theile der Steuerzahler nicht
theilnehmen können, daß die Bismarckfeier, die feierliche Begehung

des Geburtstages desjenigen Mannes, der der Vater des Sozialisten-
gesetzes ist, eine Demonstration gegen die Klassenbewußte Arbeiter-
schaft bedeutet, die mindestens ein Drittel der Dortmunder Bürger-
schaft bildet, daß städtische Gelder mindestens so lange nicht zu
Festen bewilligt werden dürfen, so lange die Stadt nicht allen
Verpflichtungen vollständig nachkommt und daß gegen die
graffirende Arbeitslosigkeit seitens der Stadt nicht das geringste
gethan wird, verurtheilt die heutige Versammlung des Sozial-
demokratischen Vereins die Bewilligung von 1000 M. zur
Bismarckfeier seitens der Majorität der Stadtverordneten auf
entschiedene, nicht minder aber das schwächliche Verhalten der
Zentrumsfraktion, die sich mit der Erklärung begnügte, nicht für
die Bewilligung stimmen zu können der kirchenpolitischen Haltung
des früheren Reichskanzlers halber, anstatt aus prinzipiellen und
praktischen Gründen gegen diese unnütze Veranschlagung städtischer
Gelder zu protestiren und auf die vollen und freiheitsfeindliche
Politik des Fürsten Bismarck zu verweisen.“

Eine sachverständige Auskunft. Die „Magdeburgerische
Zeitung“ ertheilt einem antragenden Abonnenten in ihrem Brief-
kasten die folgende seltene Antwort:

„H. M. in H. Das Recht, seinen Arbeitern den Besuch
eines bestimmten Lokals zu verbieten, kann keinem Arbeit-
geber abgesprochen werden. Den Arbeitern gegenüber
kann er das Verbot allerdings nur durch Androhung der
Kündigung für den Fall der Zuwiderhandlung zur Durch-
führung bringen. Der betroffene Gastwirth kann aber dar-
aus keinerlei Anspruch gegen den Arbeitgeber herleiten.
Das ist doch noch eine ersiehende Auffassung von dem freien
Arbeitsvertrag“ zwischen Unternehmer und Arbeiter. Und dann
lamentirt die Gesellschaft, wenn sich die Arbeiter in Fach-
vereinen organisiren, um solchen frechen Annahmungen der
Unternehmer durch die Macht der Zusammengehörigkeit die Spitze
abbrechen zu können.

Fuchsmilch. Die Münchener Strafkammer hat die von
dem Schöffengericht gegen sechs Münchener Kebabkure anlässlich
der Fuchsmilch Vorgänge ausgesprochenen Geldstrafen anlässlich
der Verurtheilung der Fuchsmilch weiter erlassen. Die Berufung
war sowohl von dem Ankläger als von den
Berurtheilten eingelegt worden. Glücklichweise wird das Ver-
wehren der Wapern, den Thatsachbestand über die Fuchsmilch
zu verdunkeln, nicht von Erfolg sein.

Chauvinismus. In unserer Mittwochsummer rügten
wir es, daß die „Kreuz-Zeitung“, der Wahrheit zuwider,
behauptet hat, aus Frankreich sei kein Wort des Beileids
und menschlichen Mitgeföhls anlässlich des Untergangs der
„Elbe“ nach Deutschland gedrungen. Heute, nach 2 mal 24
Stunden, sucht die „Kreuz-Zeitung“ sich durch folgende Notiz
zu rechtfertigen:

Der „Vorwärts“ hätte sich bei aufrichtigerem Besen seine
kosmopolitische Entrüstung sparen können. Die „Kreuz-Zeitung“
sprach von dem von hoher Stelle ausgegangenen Glückwunsch
in Anlaß der Rettung der „Gascogne“ und bemerkte dazu: „Man
scheint in Frankreich empfunden zu haben: das hätten wir nicht
gethan! Und in der That, wir glauben nicht, daß aus Frankreich
auch nur ein Wort des Beileids in Anlaß des Untergangs der
„Elbe“ zu uns herübergekommen ist.“ Natürlich kann hier nur
von „offiziellen“ Worten die Rede sein, die jenem Glückwunsch
entsprochen hat. Das die französischen Zeitungen den Untergang
der „Elbe“ besprochen und ihn natürlich bedauert haben,
ist so selbstverständlich, daß weder wir noch unsere Leser der Be-
lehrung des „Vorwärts“ bedürfen. Und so empfehlen wir
Schuppen und Brett im eigenen Heim zu besitzigen.

Die „Kreuz-Zeitung“ hätte sich diese lahme Entschuldigung
besser gepahrt. Daß sie, wenn sie von „Frankreich“
spricht, „natürlich“ bloß den Präsidenten meint, ist eine so
köstliche Junktur, daß wir um ihrer willen gern Ab-
soluten ertheilen wollen.

Gegen die Immunität der Parlamente wird überall vor-
gegangen, in Deutschland wie in Frankreich, in Italien wie in
Oesterreich. Die Spezialität der österreichischen Polizeikommission
ist, die Niedersetzung der in parlamentarischen Körperschaften ge-
haltenen Reden zu verhindern. Soweit das nicht angeht, wird
die Bekämpfung dieser Reden erschwert. Hierüber meldet eine
Deutsche aus Prag das folgende:

Die „Karoln Visty“ (das leitende Organ der Jungeseken)
veröffentlicht eine Verfügung des Prager Landgerichts, durch
welche die Konfiskation einer Nummer dieses Blattes befristet
wird; in dieser Verfügung heißt es: Die Reden Eduard Gregor's,
Cernohorsky's und Kautsky's wurden zur Verachtung und zum
Hass gegen den einheitslichen Reichsverband, die Staatsverwaltung
und die Staatsbehörden aufgereizt, sowie zu Feindseligkeiten
gegen einzelne Gesellschaften, insbesondere des Adels, und
enthielten daher den Thatsachbestand des Verbrechens und Vergehens.
Der diese Landtagsreden gutheißende Artikel der „Karoln Visty“
bilde daher den Thatsachbestand des Vergehens gegen die öffentliche
Ruhe und Ordnung.

Das staatliche Getreidemonopol und die Verstaat-
lichung der Eisenbahnen durch Expropriation
hat das Zentralkomitee des Schweizerischen Bauern-
bundes als Forderung in seiner am letzten Sonntag statt-
gefundenen Sitzung aufgestellt. Wir werden darauf noch zurück-
kommen.

Ein Fortschritt in der Gerichtsverfassung. Der große
Rath des Kantons Basel-Stadt hat mit 57 gegen 37 Stimmen
die öffentliche Verurteilung bei der Urtheilsfällung des Obergerichts
beschlossen, diejenige für das Zivil- und Strafgericht dagegen
abgelehnt.

Der italienische Sozialistenkongress, der am Sonnabend
und Sonntag in Zürich stattfand, war von 21 Delegirten aus
Basel, Winterthur, Zürich und Lugano besucht, die Berner
sandten eine Entschuldigung für ihre Nichtverretung. Das Er-
gebnis der zweitägigen Verhandlungen ist der Beschluß, daß die
Verweise der italienischen Arbeiter den lokalen Kartellverbänden an-
zuschließen und namentlich Verbindung mit dem schweizerischen Ge-
werkschaftsbund unterhalten sollen. Zur regeren sozialistischen
Agitation unter den italienischen Arbeitern hält man ein tägliches
Blatt für notwendig; vorläufig soll mit dem in Como
erscheinenden „Laboratore“ in Verbindung getreten werden.
In das Zentralkomitee wählte der Kongress fünf Mitglieder und
weitere vier sollen die Sektionen wählen. Als nächster Ver-
sammlungsort wurde Bern bezeichnet.

Dem Kongress wohnten auch im Austrage des unvermeid-
lichen Bundesanwaltes in Bern zwei Polizisten
zur Ueberwachung bei. Genosse Greulich brachte diese in der
Schweiz ungewohnte Polizeischikelle bereits am Montag im
Zürcherischen Kantonsrathe zur Sprache, worauf der
Regierungsrath Nägele erklärte, daß die Bundesanwaltschaft die
Ueberwachung angeordnet und die Kongreßleiter sich übrigens
damit einverstanden erklärt hätten. Für Schweizer liege kein
Grund zur Beschwerde vor. Der reaktionäre Advokat Dr. Hof
vertheidigte die liebe Polizei.

Die „Berner Tagwacht“ schreibt über den Bundesanwalter:
„Hui Teufel! Daß sich ein christlicher Schweizerbürger finden
konnte, ein solches Amt anzunehmen. Daß ihn die 20 000 Fr.,
die er jährlich aus unserem Säckel nimmt, nicht auf die Seele
brennen, wie dem Juden die 30 Silberlinge. Freilich, so lange
das Volk in seiner Gesamtheit das Gewerbe der politischen
Polizei nicht als ehrlos verabscheut, können die Schnüffler und
Spitzel ihr Verbrechen nachgehen. Und aber soll es
Pflicht, Ehre und Genugthuung sein, gegen solche Einrichtungen
zu Gah und Verachtung aufzujagen.“

Der dritte Kongress der sozialdemokratischen Ge-
meindeverwaltungen Frankreichs wird am 14. Juli — am

Zahrestage des Postilekums — in Paris zusammentreten.
Die Bedeutung dieses Kongresses wird um so größer sein,
als der Gemeinderath Sozialismus seit dem Falle des
Casimir Perier in Frankreich nicht mehr auf dieselbe blinde
Feindseligkeit der Behörden stößt, wie früher.

England. In der gestrigen Unterhausung wurde eine
Niederlage der Regierung nur durch — die Opposition ver-
hindert, der ein Sieg nur verberlich hätte sein können. Es
handelte sich nämlich um einen, von dem Parlamentsmitglied
James eingebrachten Antrag gegen die für Indien geplante
Steuer auf Baumwolle. Für diesen Antrag mußten alle, an der
Baumwollenindustrie beteiligten liberalen Mitglieder
stimmen, und wenn die Opposition sich für den Antrag erklärt
hätte, war die Regierung geschlagen, allein sie hatte einen vor-
züglichen Grund zum Aufstehen und konnte für die Wahlen das
Roh der nationalen Interessen befeigen. Die Opposition wider-
stand jedoch der Versuchung und die Regierung gappelt weiter in
ihrer Verlegenheit.

In Rußisch-Polen dürfen nun auch Depeschen in polnischer
Sprache von den Telegraphenämtern aufgenommen werden.
Wenn der Statthalter von Rußisch-Polen, Graf Schuwalow,
nicht mehr zur Verteidigung der Bevölkerung thut, so wird die
Verföhnung der Polen mit der russischen Fremdherrschaft keine
großen Fortschritte machen.

Die Verhaftung russischer Studenten wird nun auf grund
offizieller Informationen aus St. Petersburg wieder demittirt.
Daß man solchen Abseugnungen nicht allzuviel Glauben zu
schenken hat, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Die Studenten sind in zurückgelassenen Ländern
die politisch reifsten Elemente, so in Rußland, so auch in der
Türkei. In der letzten Zeit sollen, nach der „Vossischen Ztg.“,
in Konstantinopel Verhaftungen zahlreicher Sofas (Studenten
der Theologie) vorgekommen sein. Ueber die Verhaftung zu
diesen Verhaftungen hat bisher nichts verlautet.

Zum japanisch-chinesischen Krieg liegt heute folgende
Meldung vor:

Tschifu, 19. Februar. Die japanische Flotte hat einem
ihren braven Begner einen ehrenhaften Tribut gezollt. Als der
„Kang-Tschü“ mit den Leichen der vier chinesischen Offiziere,
die Selbstmord begangen hatten, aus dem Hafen von Wei-hai-wai
dampfte, hatten alle Schiffe des japanischen Geschwaders ihre Flaggen
auf Halbmast gezogen. Vom Flaggenstift des Grafen Ito ertönten
jede halbe Stunde Kanonenschüsse. Auch die europäischen vor
Wei-hai-wai liegenden Kriegsschiffe ließen die Flaggen nieder zu
Ehren des todtten Admirals Ting. In Tschifu sind viele
chinesische Soldaten eingetroffen. Sie sagen alle, daß die Japaner
sie mit der größten Rücksicht behandelt haben. Die Ehren, welche
die Japaner dem todtten Admiral Ting erwiesen haben, haben
einen tiefen Eindruck auf die Chinesen gemacht. Es scheint
jetzt gewiß, daß die Japaner keinen Angriff auf Tschifu machen
wollen.

Aus der afrikanischen Kolonie Italiens wird
folgendes von italienisch-offiziöser Seite gemeldet:

Zasari von Agame, der für Italien kämpft, schlug die
Tigriner bei Abigrat und brachte ihnen bedeutende Verluste bei.
Nad Mangascha ist es gelungen 2000 Mann zu sammeln.
Meneit ist nach der Plünderung von Bellamo, wo er viele
Skaven erbeutete, am 24. Januar wieder nach Schoab zurück-
gekehrt. Ein Franzose Clochette ist zu Meneit mit Geschenken
gekommen. Kassala ist ruhig.

Parlamentarisches.

Die Ansturzkommissionen begannen am Freitag ihre Beratungen
mit dem § 129a der Regierungsvorlage. Derselbe lautet:

§ 129a. „Haben mehrere in der Absicht, auf den gewalt-
samen Ansturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken,
die Ausführung eines Verbrechens verabredet oder sich zur
fortgesetzten Begehung mehrerer, wenn auch im einzelnen noch
nicht bestimmter Verbrechen verbunden, so werden sie, auch
ohne daß der Entschluß der Begehung des Verbrechens durch
Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten,
bethätigt worden ist, mit Zuchthaus bestraft.“

Von den Mitgliedern der Zentrumsparthei, Broekmann
und Genossen, lagen folgende Anträge vor, den § 129a der Vor-
lage wie folgt zu fassen:

§ 40 b. „Haben mehrere die Ausführung eines Verbrechens
verabredet, ohne daß der verbrecherische Entschluß durch Hand-
lungen, welche einen Anfang der Ausführung des Verbrechens
enthalten, bethätigt worden ist, so werden sie, wenn das Ver-
brechen mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Zuchthaus-
strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten,
wenn das Verbrechen mit einer geringeren Strafe bedroht ist,
mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von
gleicher Dauer bestraft.“

Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürger-
lichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht
erkannt werden.

Der Thäter bleibt straflos, wenn er zu einer Zeit, zu
welcher seine Theilnahme noch nicht entdeckt war, entweder
die Ausführung des Verbrechens verhindert oder dessen
Verhütung durch Anzeige bei der Behörde
ermöglicht.“

§ 129a. „Haben mehrere sich zur fortgesetzten Begehung
mehrerer, wenn auch im einzelnen noch nicht bestimmter Ver-
brechen verbunden, so werden sie, auch ohne daß der ver-
brecherische Entschluß durch Handlungen, welche einen Anfang
der Ausführung enthalten, bethätigt worden ist, mit Gefängnis
bis zu drei Jahren bestraft.“

Der Thäter bleibt straflos, wenn er von der Verbindung
zu einer Zeit freiwillig zurücktritt, zu welcher seine Theilnahme
entdeckt noch nicht entdeckt war.“

Es wird also in § 49b das Institut der Kronzeugen
in unser Strafrecht einzuführen, der Versuch gemacht. Interessant
ist auch, daß der § 49a, der sogenannte Kesselflicker-Paragraph
seinerzeit gegen das Zentrum in das Strafgesetz aufgenommen
wurde.

In der Begründung des Antrags Broekmann und Genossen
befanderte sich der Abg. Spahn auf den Hinweis, daß die
frühere deutsche Strafgesetzgebung bereits ähnliche Bestimmungen
enthalten habe.

v. Buchka (L) ist von dem Zentrumsantrag nicht befriedigt,
aber er hat, nachdem der Versuch bei § 129 zu einer Verändigung
selbstgeschlagen ist, den Muth verloren durch neue Anträge zu
§ 129a den Versuch zu wiederholen, einen Kompromiß anzub-
ahnen.

Staatssekretär v. Nieberding betont, daß die Regierung
nach wie vor auf die Unaufrichtigkeit in der treffenden Hand-
lungen den allergrößten Werth lege. Es handle sich bei ihr vor
allem um die Verbrechen und Vergehen, welche auf den
„Ansturz der bestehenden Staatsordnung“ gerichtet sind. Der
Zentrumsantrag gehe weiter als die Regierungsvorlage,
indem er die in unserem Strafrecht aufgegebenen Begriffe
„Komplotts“ und „Bande“ wieder aufnehme. Man habe diese
Begriffe ihrer Unklarheit wegen seinerzeit fallen gelassen und die
Regierung könne ein praktisches Bedürfnis eine so weit gehende
Veränderung vorzunehmen, zur Zeit nicht anerkennen.

Uebrigens erklärt der Redner, daß er nicht in der Lage sei,
für die Regierung ein Schlußvotum über die neuen Anträge
abzugeben, da dieselben ja gestern Abend erst bekannt geworden
seien. Die Zuchthausstrafe aus dem § 129a vollständig aus-
zuschließen, sei nicht angängig.

Webel erklärt den § 129a für die Krone der Vorlage.
Von dem § 111a ab werden Strafen immer härter, die Begriffe
der Vergehen aber, welche bestraft werden sollen, immer kantschaf-
tiger.

Wie der § 129 a in der Regierungsvorlage lautet, kann jeden Augenblick die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei mit demselben getrennt werden.

Einer solchen Gesehgebung gegenüber weiß man nicht mehr, was man sagen soll. Redner kritisiert dann den Versuch des Zentrums, das System der Kronzeugen bei uns einzuführen und fragt, ob die Herren sich wirklich auch überlegt haben, was sie damit thun?

Staatssekretär Nieberding befreit, daß die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei schon genügen würde, um unter den § 129 a zu fallen. Nach demselben müsse doch die Verabredung zu einem Verbrechen vorliegen.

Kuer erklärt, daß nach den Erfahrungen, welche seine Partei im Freiburger Prozeß mit dem § 129 des Reichs-Strafgesetzbuchs gemacht hat, es durchaus nicht ausgeschlossen sei, daß die Befürchtungen Bebel's unter dem neuen § 129a eintreffen würden. Die Annahme, daß die sozialdemokratische Partei auf den „gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinwirke“ sei bei vielen Gerichten feststehend, die übrigen noch notwendigen „Annahmen“ werden sich leicht finden. Dem Zentrumsantrag gegenüber meint Redner, daß die dort vorgesehene Strafen die Anhänger der Sozialdemokratie nicht treffen werden, diese lassen sich auf solche Sachen nicht ein. Wohl aber werden unwissende und unerfahrene Opfer den Kronzeugen auf den Leim gehen. Redner weist auf das Anerbieten Jbring, Mohlow's hin, Berliner Arbeiter in der Bomben- und Sprengstoff-Fabrikation zu unterrichten. Spindel Hamm habe die hochverrätherischen Schriften aus London herüber besorgt und der Spindel Palm sei bei der Vorbereitung zu dem Attentat auf dem Niederwald-Deumal beteiligt gewesen. Mit dem Zentrumsantrag, wenn er erst Gesetz wäre, würden die Komplote förmlich gescheit.

Staatssekretär Nieberding befreit noch einmal, daß die Zugehörigkeit zu einer Partei-Organisation unter den § 129 a fallen könne und verweist weiter auf ein Erkenntnis des Reichsgerichts aus dem Jahre 1881, wonach von fünfzehn Angeklagten zwölf verurteilt wurden, weil sich in einer Reihe deutscher Städte Gruppen von 5-6 Personen gebildet hätten, deren Zweck es war, hochverrätherische Handlungen vorzubereiten. Es wäre möglich, daß sich ähnliche Gruppen wieder bilden, die darauf hinwirken, durch verbrecherische Handlungen die Staatsordnung zu untergraben und zu untergraben und dem soll der § 129 a vorbeugen.

Enneccerus (natl.) ist in der Regierungsvorlage das Strafmaß zu schwer und er will besonders auch das Maximum der zulässigen Zuchthausstrafe festgesetzt haben. Er beantragt deshalb in der letzten Zeile zu setzen: „mit Gefängnis bis zu 1 Jahr, oder mit Zuchthaus bis zu 6 Jahren.“

Staatssekretär Nieberding erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Schluss der Debatte.

v. Buchka erklärt für seine konservativen Freunde, daß sie, nach Ablehnung der Regierungsvorlage, für den Zentrumsantrag stimmen werden, daß sie sich aber die Schlußentscheidung für die zweite Lesung vorbehalten.

Bei der Abstimmung wird zunächst das Amendement Enneccerus zur Regierungsvorlage mit 13 gegen 14 Stimmen angenommen, dann aber der so amendierte Paragraph mit 13 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Die Anträge des Zentrums werden hierauf mit 17 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Diskussion über den § 130 der Regierungsvorlage wird vertagt, da vorläufig nur schriftliche Anträge dazu vorliegen, deren nähere Prüfung noch nicht möglich war. Diefelben sind gestellt von den Abgeordneten Minteln und v. Buchka.

Es wird in die Diskussion über § 131 eingetreten. Die Regierung schlägt vor, demselben folgende Fassung zu geben:

§ 131. „Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatsverrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“

Die gesperrten Worte fehlen im bisherigen Paragraphen und sollen neu eingefügt werden.

Geheimrath v. Sedendorf bemerkt sich nachzuweisen, daß der § 131 in seiner jetzigen Fassung nicht ausreicht und daß die Regierung sich bereits 1876, 1879 und 1889 mit viel weiter gehenden Forderungen beschäftigt hat.

Für die Vorlage spricht sich nur der Abg. v. Buchka aus, aber selbst dieser muß zugeben, daß die Gerichte in der „freien Beweiswürdigung“ ein Mittel gefunden haben, daß das, was die Regierung will, thatsächlich in der Praxis zu erzielen ist.

Nachdem Wollschläger, Spahn, Enneccerus, Dr. Warth, v. Hammerstein, der erklärte, daß ihm die bei den Entscheidungen des Reichsgerichts zu Tage getretene Unkenntnis der Verhältnisse geradezu erschreckt habe, und Osann sich gegen die Vorlage ausgesprochen hatten, wird dieselbe mit allen Stimmen gegen die der Abgg. v. Buchka und Graf Moon abgelehnt.

Hierauf werden die Verhandlungen bis zum nächsten Mittwoch vertagt.

Die Gewerbe-Ordnungs-Kommission setzte am Donnerstag Abend die Debatte über § 82 fort. Wie schon erwähnt, handelt es sich darum, die Konsumvereine gleichfalls der Konzeptionspflicht zu unterwerfen, wenn sie Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus betreiben. Als neuer Gesichtspunkt wird heute von dem Abg. Engels (konf.) geltend gemacht, daß nach der Gewerbe-Ordnung die Konzeption nur dem Geschäftsunternehmer oder einem von ihm gestellten Vertreter erteilt wird. Auf diese Art müssen die Lagerhalter der Vereine die Konzeption erwerben.

Abg. Schneider bemerkt: Die Folge davon würde natürlich sein, daß bei einem Wechsel der Person die Konzeption erlischt. Geht der entlassene Lagerhalter die Konzeption nicht ab, so kann keine neue erworben werden und entstehen dem Verein die größten Belästigungen und finanzielle Schädigungen.

Schmidt-Berlin (Soz.) weist darauf hin, wie gerade unter dieser Bestimmung die Konsumvereine leiden würden, die von Arbeitern geleitet werden. Schon gegenwärtig haben die Arbeiterbetreibenden, die eine Schankkonzession bedürfen, mit behördlichen Drangsalierungen schwer zu kämpfen; die Erklärung für diese Maßnahmen ist oft in der politischen Stellung der betreffenden zu finden.

v. Landmann (Regierungsvertreter) ist der Meinung, die Vereine könnten ja von den Lagerhaltern eine Ration verlangen, die nur dann zurückgegeben wird, wenn der betreffende die Konzeption abgibt.

Es werden sodann alle Abänderungsanträge abgelehnt, mit Ausnahme eines Antrages Hölle's (L.), der auch eine rückwirkende Kraft dieser Bestimmung bezieht. Die Regierungsvorlage wird sodann angenommen.

In § 85 verlangt die Regierungsvorlage, daß auch der Kleinhandel mit Flaschenbier und Drogen verlag werden kann, wenn sich eine Unzuverlässigkeit der Gewerbetreibenden in bezug auf ihren Gewerbebetrieb herausstellt. Zur Debatte steht zunächst der Flaschenbierhandel. Diese Bestimmung wird von den Mitgliedern der freisinnigen und sozialdemokratischen Partei entschieden bekämpft, während die Mitglieder aus dem Zentrum und der nationalliberalen Partei mit großem Eifer für diese Verschärfung des Gewerbebetriebes eintreten. Die Debatte wird sodann bis zur nächsten Sitzung, die am Dienstag stattfindet, vertagt.

Partei-Ansichten.

Gegen die Umsturzvorlage. In Gräfenhain und Schmiedefeldt bei Wallenbors (Thüringer Wald) fanden am Sonnabend, den 16., und Sonntag, den 17. d. Mts., Volksversammlungen statt, in welchen Reichstags-Abgeordneter Genosse

Reichhaus unter großem Beifall über die Umsturz- und Steuer-vorlagen referierte. In beiden Versammlungen fanden Protest-resolutionen einstimmige Annahme. — Drei Verammlungen gegen die Umsturzvorlage hat Reichstags-Abgeordneter F. Wueh im Thüringer Wald abgehalten. Diefelben fanden statt am vorigen Sonntag in Köppelsdorf und Steinach, am Montag in Judenthale. Sie waren sämtlich sehr gut besucht, namentlich auch von Frauen, und es fanden die Ausführungen des Redners begeisterten Beifall. Die Protestresolution wurde jedesmal einstimmig angenommen. — Ueber die Wirtschaft- und Steuerpolitik der Regierung sprach Wueh vorigen Sonnabend vor dichtgedrängter Zuhörerschaft in Erfurt. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall und es gelangte eine Resolution, laut welcher die Verammlungen erklärten, daß sie ihre ganze Hoffnung nur noch auf die sozialdemokratische Partei setzten, zur einstimmigen Annahme. — Eine Reihe von Versammlungen hielt in der letzten Zeit auch der Genosse Dr. Quard, Frankfurt ab. Er sprach über das Thema: „Der Umsturz von oben“ in Hamburg, Altona und Leipzig. In letzterem Orte und in Sellerhausen hielt derselbe Genosse noch Vorträge über: „Die sächsischen Gemeindefiskalinspektoren.“ In Leipzig und in Sellerhausen wurde ihm, angeblich wegen Herabwürdigung von Staats-einrichtungen, vom überwachenden Beamten das Wort entzogen.

Der Agitation, welche die Genossin Frau Klara Zetkin gegenwärtig unter den Frauen betreibt, wird von seiten der sächsischen Behörden eine Menge Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Am 14. d. M. sollte Frau Zetkin in Neustadt über das Thema: Warum fordern die Frauen die politische Gleichberechtigung? sprechen. Die Versammlung wurde verboten. Als Grund wurde angegeben, daß die angemeldete Referentin nach ihrem früheren Auftreten im Bezirk der Amtshauptmannschaft Plauen hinsichtlich als eine Person bekannt sei, die in gefährlicher Weise die Staats- und Gesellschaftsordnung angreift und verschiedene Bevölkerungsklassen gegen einander aufreize und zu Gesehüberretungen geneigt mache. Mit derselben Begründung wurde die Versammlung in Weidau verboten, während in Rappell das Verbot der politischen Anforderungen nicht entsprach. In Delsnig i. W. dagegen durfte die Referentin ungehindert sprechen. Am 20. d. M. sprach Frau Zetkin in Leipzig. Sie kam mit ihrem Referat jedoch nicht zu Ende. Als sie es wagte, die Stützen der Gesellschaft anzutasten, bei den Worten: „die Herren Rechtsbesessenen, die studiosi juris“, entzog ihr der Ueberwachende das Wort. — Genossin Mohrlad, die in der Diskussion zuerst sprach, erfuhr dasselbe Schicksal. Nach vollständig ruhigen und sachlichen Ausführungen zur Frauenbewegung äußerte sie, daß die Frauen direkte Forderungen stellen müßten, und zog sich dadurch die Wort-entziehung zu. Genosse Schoenlant (dem also der Maulkorb wieder abgenommen zu sein scheint) legte die wirtschaftlichen Grundlagen der Frauenbewegung dar, erläuterte die gesellschaftliche Krankheit der Prostitution, kritisierte die bürgerlichen und christlichen Frauenrechtsbestrebungen. Das Schlagwort hatte Genosse Lange, der in zündenden Worten der Begeisterung auf die Tragweite der Arbeiterinnenbewegung hinwies und Männer und Frauen zu ihrer Unterstützung aufforderte. — Nachfolgende Resolution war vorstichshalber sofort nach der Rede der Referentin angenommen worden:

Die Versammlung erklärt: In Erwägung, daß es keinen sicheren Grund giebt, der ein mündig gewordenes menschliches Wesen von Bürgerrechten und Freiheiten ausschließt, wie das dem weiblichen Geschlecht geschieht;

in Erwägung, daß die Frauen nicht gewillt sind, diesen Zustand der Entrechtung, in welchen sie im Laufe der Zeiten versetzt wurden, ferner zu ertragen;

in weiterer Erwägung, daß namentlich die täglich sich immer mehr zuspitzenden Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft auch die sehr große Mehrheit der Frauen in immer schlimmere soziale und wirtschaftliche Verhältnisse versetzt und eine Hebung und Verbesserung dieser Verhältnisse ein Gebot dringender Nothwendigkeit ist, aber ohne den Besitz politischer Rechte und Freiheiten nicht herbeigeführt werden kann,

fordern die Frauen nachdrücklich die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie die Männer und besonders die Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Im Auftrage der Agitations-, Kommission der Tabakarbeiter Deutschlands macht Genossin Löwenberg eben eine Agitationstour durch Heffen, Baden und Württemberg, um Protestversammlungen gegen die drohende Tabakfabriksteuer abzuhalten, und besonders die Tabakarbeiterinnen zur Organisation heranzuziehen. Bisher fanden in der Umgegend von Gießen sechs Versammlungen statt: in Krosdorf, in Wiesfeld, Daubingen, Heuchelheim, Alten-Wiesfeld und Steinberg. Den Versammlungen wurde allerorten das größte Interesse der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, aber auch seitens der übrigen Dorfbewohnerschaft entgegengebracht; die Säfte waren überfüllt, an manchen Orten konnten nicht alle Gekommenen Einlass finden. Besonders zahlreich hatten sich die Frauen und Mädchen eingefunden und es waren so gut wie ausnahmslos solche, die überhaupt zum ersten Male einer Versammlung beiwohnten. Alle waren auch bis dahin nicht organisiert. Es wurden im ganzen in jener Gegend 4 neue Zahlstellen gegründet und zweihundert Arbeiterinnen traten dem Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter bei. Protest-resolutionen gegen die Tabaksteuer vorlage wurden in allen Versammlungen einstimmig angenommen. Auch die übrigen Versammlungen der Genossin Löwenberg in Hainstadt, Pfungstadt, Edingen und Speyer waren trotz mangelhafter Bekannmachung gut besucht. Außerordentlich war das Interesse der Frauen und Mädchen an denselben. In Speyer, wo das praktische bayerische Vereinsgesetz eine Theilnehmung der Frauen an öffentlichen Versammlungen nicht gestattet, war eine Mitgliederversammlung des Tabakarbeitervereins angeordnet. Gegen die Tabaksteuer haben ferner noch Protest-versammlungen stattgefunden in Dänabrad, Quatenbrüt und Wramsche. In diesen Versammlungen sprach Genosse Frenz, Bremen. In Magdeburg sprach vor mehr denn 700 Personen der Genosse Geyer, Leipzig über das gleiche Thema.

Partei-Ansichten. Die Abrechnung der Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei für den 2. Oldenburgischen und 2. hannoverschen Wahlkreis für das Jahr 1894, der soden veröffentlicht wird, ergibt folgendes erfreuliches Resultat: Es gingen, inklusive des Restandes ultimo Dezember 1893 von 916,18 M., ein: 5968,76 M. Die Ausgaben betragen 4565,55 M., sodas ein Bestand von 1398,21 M. verbleibt. Unter den Ausgaben figuriren 300 M. für den Parteivorstand in Berlin.

Die Einnahme und Ausgabe des Vertrauensmannes der sozialdemokratischen Partei von Staßfurt beträgt 781,29 M. — Der sozialdemokratische Verein von Staßfurt vereinnahmte pro Dezember 94 und Januar 95 87,65 M. Hiervon wurden 20 M. an den Vertrauensmann abgeführt.

Für den Umsturz scheint man zur Zeit Material zu sammeln, um der unerhörten Verlogenheit der Regierung, welche sie bei der Kommissionbetreibung zeigte, abzuhelfen. Die Polizeibehörde in Kiel giebt nämlich zur Zeit Erkundigungen ein über sämtliche hier bestehenden Arbeitervereinigungen. Speziell stellt man fest, zu welcher Zeit sie begründet und wie viel Mitglieder selbige zählen.

Eine unangenehme persönliche Neiberei, die seit langem die Bewegung in Braunschweig hemmte, fand in der Versammlung des dortigen sozialdemokratischen Arbeitervereins vom 20. d. M. ihren Abschluß dadurch, daß das Mitglied Viktorius, während gerade über seinen Ausschluß abgestimmt wurde, seinen Austritt erklärte.

Ueber den Kongress italienischer Sozialisten in Zürich entnehmen wir der „Zürcher Post“ folgenden Bericht: Der Delegirtenversammlung sozialistischer italienischer Arbeitervereine in der Schweiz wohnten etwa 21 Abgeordnete der Vereine Basel, Lugano, Winterthur, Kuserhöl und Niesbach bei. In das Zentralkomitee wurden von der Versammlung fünf Mitglieder gewählt. Die nächste Delegirtenversammlung soll in Bern stattfinden. Eine längere Diskussion rief die Frage einer bessern Organisation der italienischen Arbeiter in der Schweiz und einer intensiveren Agitation für die sozialistischen Ideen hervor. Es wurde beschlossen, wo es immer angehe, den lokalen Arbeiterorganisationen beizutreten und namentlich Fühlung und Verbindung mit dem schweizerischen Gewerkschaftsbund zu suchen. Zur richtigen Propaganda wird dringend nach einem täglichen, die Parteiinteressen vertretenden Organe verlangt; vorläufig soll Verbindung mit dem „Ilavoratore“ in Como angeknüpft werden. Die rubig und taftvoll geführten Verhandlungen schlossen abends nach 7 Uhr.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Beschlagnahme wurde in Breslau „Der Schlesische Landbote“, ein vom Verlage der „Vollmacht“ herausgegebener Volkskalender. Angeblich sollen mehrfach Vergehen gegen § 180 des St.-G.-B. darin enthalten sein.

— Mit vierzehn Tagen Gefängnis hatte Genosse Walzer in Eberfeld den Anspruch zu büßen, daß der Polizei-Inspektor ein „großer Mann“ sei und daß die Polizei nach „Willkür“ handle.

Soziale Ueberblick.

Die Tabak- und Zigarren-Fabrikanten des Regierungsbezirks Arnberg halten am nächsten Sonntag eine Zusammenkunft in Dortmund ab, um gegen die Tabaksteuer zu protestiren.

Vom Glend der Strumpfwirker schreibt man der „Schw. Arb. Ztg.“ aus Gornsdorf: Wir sind mit der Hoffnung in das neue Jahr eingetreten, daß sich unser Geschäft eben würde — wenigstens hat man es uns glaubhaft zu machen gesucht. Aber wie sehr haben wir uns getäuscht! Vergangenen Herbst erhielten wir ein paar Pfennige zugelegt, aber mittlerweile sind sie uns wieder abgezogen, so daß es bei 4-5 Mark Wochenverdienst bleibt. Uns geht es schlechter wie den Hungergehaltnen, die Gerhart Hauptmann in den „Webern“ vorführt, und wir sehen einer geradezu trostlosen Zukunft entgegen. So schlecht geht es uns Hauswebern, daß wir noch nicht einmal die Altersrentenbeiträge bezahlen können und die Behörde uns deswegen mit Auspändung droht. Wie soll das Ende sein?!

Der Konfessionshaber in der Volksschule. Die Beschlüsse des Gemeindevorstandes von Lambsheim (Wapp-Bezirk) gegen die vermeintliche Entschlebung der pädagogischen Kreise betreffend die Umwandlung der konfessionell getrennten in konfessionell gemischte Schulen ist durch das königliche Staatsministerium zurückgewiesen worden. In dem ausführlichen Schriftstück des Ministeriums wird gegenüber der gegebenen Zweidrittelmajorität zu gunsten der konfessionell gemischten Schule auf die höchst beachtenswerthe Thatsache hingewiesen, daß sich fast die Gesamtheit der katholischen Bürger in einem ausführlich motivirten Protest gegen die Umwandlung erklärt und ihre Nothwendigkeit bestritten habe. — Wenn dieser Gesichtspunkt ausschlaggebend ist, bemerkt hierzu die Mannheimer „Volksstimme“, dann wird es eine kleine, freilich fanatische Minorität (und wo findet sich diese nicht!) immer in der Hand haben, jede Simultanschule in Wappern zu Fall zu bringen und jeden Fortschritt in dieser Frage zu vereiteln.

Gewerkchaftliches.

Achtung, Drahtzieher! In der Drahtfabrik von Leopold Zeltko in Saaz (Nordböhmen) haben am letzten Freitag die Drahtzieher wegen Lohnherabsetzung die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Au die Zimmerer Deutschlands! Der Unterzeichnete warnt die Kameraden allerorts vor Zug nach hier, da circa 600-800 Zimmerer momentan noch arbeitslos sind, durch die Arbeiten der Ausstellung „Italien“ aber kaum die Hälfte wird berücksichtigt werden können und überhaupt die Noth hier sehr groß ist. Der Vorstand des Verbandes der Zimmerer, Lokalverband Hamburg. Wir ersuchen alle Arbeiterblätter um Aufnahme dieser Noth.

Metallbrücker, Achtung! Die Sperrung über die Metallwaarenfabrik von Schöner in Arnberg dauert fort.

Der Streik der Knochenschnitzer von zwei Knochenschnitzern in Schmöln dauert fort: es streiken zusammen 50 Mann.

Die Vereinigung der Wäler und Lackier Deutschlands hält zu Ostern einen Provinzialtag für die Provinz Brandenburg ab. — Die Einzelmitglieder im Königreich Sachsen halten am 31. März in Meerane eine Konferenz ab.

Gefährdigt wurden 36 Arbeiter der Saconerisen-Werke zu Rall (Rheinproving).

Gesetz, ohne Kampf, haben die Pilsener Tischlergehilfen. Die Generalversammlung der Tischlergenossenschaft hat am 10. Februar die Forderung der Gehilfen, den 10 stündigen Arbeitstag, einstimmig akzeptirt.

Schweizerischer Arbeiterbund. Der aus ca. 90 Mitgliedern bestehende Bundesvorstand des schweizerischen Arbeiterbundes hat am Sonntag in Zürich seine Jahresversammlung abgehalten, welcher auch Bundesrath Deucher, Chef des schweizerischen Industrie- und Landwirtschaftsdepartements in Bern, beizuhote. Die Rechnung und Jahresberichte des leitenden Ausschusses und des Arbeiterssekretariats wurden genehmigt und dann eine Reihe innerer Angelegenheiten erledigt. Im Jahre 1895 soll das Arbeiterssekretariat die bereits angefangene Arbeit über obligatorische Berufsgenossenschaften fertigstellen, ebenso die umfassende Zusammenstellung der Arbeiterkühgesehe aller Länder und ferner die vom Industrie- und Landwirtschaftsdepartement gewünschte Erhebung über Arbeitslosigkeit durchzuführen. Der nächste schweizerische Arbeitertag wurde auf Ostern festgesetzt. Ihm soll auch die Frage unterbreitet werden, ob das Arbeiterssekretariat nicht monatliche Bulletins über seine Thätigkeit zu Händen der Presse herausgeben solle. Die von den betreffenden Arbeiterverbänden gewünschte Anstellung von Vertretern der Metallarbeiter und Eisenbahnangestellten im Arbeiterssekretariat wurde dem leitenden Ausschuss zur weiteren Behandlung überwiesen.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Altona, 22. Februar. Der Salzwitz Weirich wurde heute Abend wegen Ermordung des Raubers Kaczka vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt.

Paris, 22. Februar. Dreyfus ist gestern in St. Martin auf einem besonderen Dampfer eingeschifft worden, welcher ihn nach der Abode der Insel Reunion brachte, wo Dreyfus an Bord des Transporthampfers Finikere überführt werden soll, der nach Guyana bestimmt ist. Es sind strenge Maßregeln ergriffen.

(Telegraphen-Bureau Herold.)

Vofa, 22. Februar. Das Kriegsschiff „Ruffin“ ist bei Calamotta im Meerbusen von Kagusa aufgesunken. Man glaubt, daß das Schiff wieder flott gemacht werden kann.

London, 22. Februar. Infolge eines Regierungsbefehls erfahren die Truppenabteilungen in Egypten eine erhebliche Verstärkung. Ferner wurde die Garnison auf Cypern angewiesen, sich zum etwaigen Abzuge nach Egypten bereit zu halten.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung vom 22. Februar 1895, 1 Uhr.
Am Bundesrathstische: Graf v. Posadowsky.

Die erste Beratung der Tabaksteuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Waffermann (nall.): Die Voraussetzung, daß die Kosten für die Militärvorlage auf die leistungsfähigsten Schultern gelegt werden sollten, wie es Graf Caprivi ausdrücklich zugesagt hat, scheint mir diese Vorlage mit ihrer Vertheuerung der 4 und 5 Pfennig-Zigaretten nicht ganz zu entsprechen. Mein Standpunkt zur Finanzreform ist der, daß es wohl wünschenswert wäre, daß Ueberweisungen und Matrifalarbeiträge balancieren, das muß auch in den Wünschen der Einzelstaaten liegen. Eine Dotation der Einzelstaaten über diese Balanzierung hinaus halte ich aber für unzumutbar. Ein Teil meiner Freunde hat sich im vorigen Jahre für die Befreiung des Weges der direkten Reichsteuern ausgesprochen, um den Finanzschwierigkeiten des Reiches ein Ende zu machen; wir haben aber damit bei den Regierungen keinen Anklang gefunden. Gestern indessen meinte der Reichs-Schatzsekretär, daß eine Reichs-Erbschaftssteuer prinzipiellen Widerstand bei ihm nicht finde. Ueber diesen Punkt ist also das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die heutige Vorlage hat schwere Nachteile im Gefolge. Die deutschen Raucher werden sicher nicht 30 Millionen Mehrausgaben auf sich nehmen; es muß also ein Konsumrückgang eintreten. Zweitens bringt die Vorlage eine schwere Benachteiligung der Hausindustrie; die Kontrollvorschriften werden eine Menge von Defraudationen zur Folge haben. Ein weiteres Hauptbedenken liegt darin, daß die Vorlage der Regierung die Steuerkraft in die Hand giebt. Die Klübe für die Tabakindustrie wird durch die Annahme der Fabriksteuer auch nicht hergestellt werden; das hat der Schatzsekretär gestern schon selbst angedeutet. Der Konsumrückgang muß eintreten und er muß Arbeiterentlassungen im Gefolge haben. Für die entlassenen Arbeiter aber ist es sehr schwer, sich irgend einer anderen Branche zuzuwenden. Mit dem Argument, die Tabakarbeiter seien ja doch nur Sozialdemokraten, ist die Frage nicht abgethan. Erstens trifft diese Behauptung nicht ganz zu, andererseits aber stellt man doch die Sozialreform immer und immer wieder in den Vordergrund. Macht man auf der einen Seite Sozialpolitik für die Arbeiter, darf man es doch andererseits nicht leichtnehmen mit Maßnahmen, welche die Arbeiter in ihrem Gewerbe schädigen. Die Kleinbetriebe, die Hausindustrie ist den neuen Vorschriften über die Kontrolle in Verbindung mit der Fakturensteuer nicht gewachsen; sie wird lahm gelegt werden, und die Großfabrikanten werden die Konkurrenz der Kleinen los. Auch der Steuerkreis ist nur für den Großfabrikanten. Nun sollen ja Kleinbetriebe, die nicht mehr als sechs Personen beschäftigen, Erleichterungen in der Buchführung erhalten oder pauschalirt werden. Der Effekt dieser Maßregel aber möchte leicht der sein, daß ein Großbetrieb sich in eine große Anzahl solcher kleinen Betriebe auflöst, womit dem wirklichen kleinen Betrieb nicht gebiet ist. In den kleinen Betrieben wird durch die Kontrolle die Defraude zur ständigen Einrichtung werden. Die Kontrolle nach der Qualität des Tabaks ist zweifellos eine sehr schwierige. Es giebt nur wenige Kenner; die Gefahr der Umgehung liegt also sehr nahe. Das Ende ist eine Schädigung des realen Betriebes durch den unreellen. Diese ganze Begünstigung des kleinen Betriebes und der Hausindustrie wird auch sehr bald ihr Ende haben. Sind erst eine Reihe von Defraudationen festgestellt, dann wird man diese läge amerikanische Kontrolle verlassen und zu den schärfsten Kontrollen zurückkehren, an die wir aus anderen Gebieten in Deutschland gewohnt sind. Aus allen diesen Gründen ist für mich die Fabriksteuer unannehmbar. Die kleinen Fabrikanten werden namentlich auch in der Uebergangszeit allein den Schaden zu tragen haben. Wird die Vorlage Gesetz, so werden eine Reihe sich ehlich ernährenden Existenzen sofort auflösen müssen; die Pauschalirung wird sich nicht halten lassen und der ganze Kleinbetrieb wird zum Guten des großen vernichtet.

Die beste Hilfe für die pfälzischen und badischen Pflanzler ist ein verpächter Zollschuß. Die Domingo und Virginatatabake machen dem heimischen Produkt eine schwere Konkurrenz. Da aber erhöhter Zollschuß nicht gewährt wird, sucht man die anderen Vortheile für den Tabakbau in den Vordergrund zu stellen. Der Schatzsekretär wundert sich darüber, daß diese Erleichterung jetzt weniger Anklang finde, obwohl man früher soviel Werth darauf gelegt habe. Das ist thatsächlich so, aber nur deshalb, weil bezüglich des Zolles Entgegenkommen nicht gezeigt wird. Die Feldkontrolle soll wegfallen; es wird aber nicht lange dauern, bis man erkennt, es gebe ohne Kontrolle nicht, und legt man unseren Bauern erst die Buchkontrolle auf, dann werden sie ihre helle Freude dran haben. (Heiterkeit.) Die Vorlage wird ferner auch die kleinen Tabakhändler vollständig beseitigen. Bisher hatte der inländische und der verzeilte ausländische Tabak vollständige Bewegungsfreiheit; davon ist nach der Vorlage keine Rede mehr. Nur in der Richtung des Schuges der inländischen Produktion würde ich mitzuarbeiten bereit sein.

Abg. Schäbler (Z.): Wenn wir die Tabaksteuer-Vorlage auch nicht ganz annehmen können, so hat sie doch große Vorzüge gegenüber der vorjährigen. Die Herabsetzung der Steuer für Zigaretten und Rauchtabak ist werthvoll. Von allen indirekten Steuern gefällt mir verhältnismäßig diejenige noch am besten, welche ein nicht notwendiges Genussmittel trifft, wie ich denn auch unbedenklich den erhöhten Zollsätzen für fabrizirten Tabak zustimme. Den Hauptvortheil für die Bauern sehe ich in dem Fortfall der Tabaksteuer. Außerdem aber fällt eine Menge für den Bauern sehr lästiger Kontrollvorschriften weg. Bedeutender als diese sind freilich die Vortheile einer Zollerhöhung, die entschieden statzuzufinden hat. Auch mir sind die wegen der Arbeiter hervorgegangenen Bedenken ein Gegenstand erster Sorge; aber ich verweise darüber auch nicht die 100 000 Pflanzler, die vielfach ausschließlich auf das Ergebnis der Tabakernte angewiesen sind. Der Hauptgrund, der mich und einen Teil meiner Freunde für die Tendenz der Vorlage einnimmt, ist die Finanznoth der sächsischen Einzelstaaten. Wir wünschen die Vorlage in einer Kommission von 28 Mitgliedern beraten zu sehen.

Bundesbevollmächtigter meiningischer Staatsminister Dr. v. Heim führt als Vertreter eines thüringischen Kleinstaates aus, daß es im Interesse der Kleinstaaten, die im Deutschen Reich ein sehr wichtiges Bindeglied für das Reich seien, dringend notwendig sei, daß Ueberweisungen der Matrifalarbeiträge über die Ueberweisungen ein Ende gemacht werde. Durch Wegfall der Mehrlieferungen sind wir schon in bittere Verlegenheit gekommen. Wenn man die Kleinstaaten lebensfähig erhalten will, muß man sie von der Nothwendigkeit befreien, Matrifalarbeiträge über die Ueberweisungen hinaus zu zahlen. Auf die Dauer ist der jetzige Zustand ganz unerträglich. Ich bitte Sie daher im Namen meiner Regierung und gleichzeitig auch im Interesse der anderen kleineren Staaten, der Tabaksteuer-Vorlage eine wohlwollende Aufnahme zu bereiten.

Abg. Pöhlmann (Sf. Sp.) stimmt dem Antrage auf Kommissionsberatung zu. Ein großer Teil seiner Freunde fürchte, daß die Kleinbetriebe von den großen durch die Neugestaltung

der Besteuerung ausgezogen werden würden und eine Menge selbständiger Arbeiterexistenzen dadurch der Vernichtung anheimfallen könne. Man fürchte weiter, daß die Kontrollmaßregeln die Produktion schädigen werden. Persönlich sei er als Ersäffer eigentlich verpflichtet, mit aller Energie für die Vorlage einzutreten, da man in den Reichsländern sich nach den früheren Umständen, wo der Tabakbau den Wohlstand mächtig förderte, noch immer sehr zurücknehme und den Fortfall der lästigen Gewichtsteuer mit Freuden begrüße. Würde diese Vorlage abgelehnt, so komme sicher eine ähnliche in der nächsten Session wieder. Breite Schichten des Volkes seien der Ansicht, daß der Tabak in erster Linie herangezogen werden müsse, wenn schon einmal neue Steuern bewilligt werden müssen. An die Befürchtung, welche der sozialdemokratische Redner gestern ausgesprochen, glaube er doch wohl selbst nicht (Anruhe bei den Sozialdemokraten); solche Meinungen seien nur daraus berechnet, Unzufriedenheit zu erregen, oder zu steigern, wo sie schon vorhanden sei. Würden die Tabakinteressenten ihre Zustimmung zu einer sehr mäßigen Belastung des Tabaks geben, so würden ihnen von jetzt ab doch auch die großen Kosten der Agitation erspart bleiben. Mit der mäßigen Belastung des Tabaks aber werde das finanzielle Bedürfnis des Reiches nicht gedeckt. Reichen die Einnahmen aus dem Tabak nicht aus, so müsse das Bier herangezogen werden. (Hört, hört! links.) Aber nicht nur das Bier dürfe man besteuern, was der Wohlhabende trinkt, sondern man müsse den Malzsteuerzwang auf das ganze Deutsche Reich ausdehnen, unter der Bedingung, daß das Bier, welches der kleine Mann trinke, ein gutes, reines, vollständiges sei. Bayern werde sich mit der Sache abfinden, vielleicht habe es sich schon damit abgefunden, denn vor 1 1/2 Jahren habe ja Bayern sich im Reichstage zu Gunsten der Erhöhung der Brausteuer geäußert. In einer progressiven Reichs-Einkommensteuer werde man sobald nicht gelangen, es müsse daher bei Zeiten auf die Beschaffung anderer Mittel Bedacht genommen werden, das verlange auch das Deutsche Reich vom Reichstage.

Abg. Goller (Sp.): Die Vorlage ist uns gleichmaßen unannehmbar, weil sie zu deutlich den Pferdeschuh des Monopols zeigt und weil sie den kleinen Mittelstand aufs empfindlichste verletzt. Wir sind eine Partei des kleinen Mittelstandes und verwerfen deshalb die Vorlage ohne Umstände. Alle Parteien, die sich brüsten, den Mittelstand reiten zu wollen, sollten hier zeigen, wie weit ihre Erklärungen erst zu nehmen sind. Wir sind endlich gegen die Vorlage, weil sie eine große Arbeitslosigkeit erzeugen und eine Menge Halbinvaliden, die andere Arbeit gar nicht mehr finden und übernehmen können, auf die Straße werfen wird. Die Steuer ist auch keine gerechte. Sie trifft das Raucherbedürfnis des kleinen Mannes viel schwerer als die theuren und theueren Cigaretten. Noch blüht die Tabakindustrie; sie steht auf der Höhe der Entwicklungsfähigkeit; die Vorlage wird auch diesen Zweig nationalen Erwerbslebens zum Absterben bringen. Wir kennen nur eine Finanzreform, das ist die der Sparsamkeit. Wo sollen wir hinommen, wenn die Bedürfnisse des Militär- und Marine-Staats so weiter wachsen, wie das in den letzten Jahren geschehen ist? Blicken Sie hin auf den kolossalen Luxus der Paraden, auf den Uniformeluxus, auf den Bautenluxus; denken Sie ferner an die unergiebigkeit, aber höchst kostspielige Kolonialpolitik. Widerstehen Sie den Marineforderungen, dann brauchen wir keine neue Steuern!

Abg. v. Hammerstein (Bl.): Auch ich erkenne das Bedürfnis der Finanzreform an, bin aber über die Wege anderer Meinung. Von einer Biersteuer wird nicht dauernd abzusehen sein, in dieser Beziehung weiche ich von dem Staatssekretär ab. In Bayern beträgt die Malzsteuer 8 M., bei uns 2 M.; ein solches Verhältnis kann auf die Dauer nicht bestehen bleiben. Die Vorlage will den Tabakkonsum um 31 Millionen härter belasten; die Belastung mit dieser Steuer dürfte also doch wenigstens ebenso hoch sein, wie das Aversum, welches Bayern bei Erhöhung der Brausteuer mehr zu zahlen hätte. Der Vorlage stehe ich ablehnend wie im vorigen Jahre gegenüber, und zwar im Verein mit denjenigen meiner Freunde aus Mecklenburg, Sachsen und Hessen. Die Kernfrage ist: Hat nach der Steuererhebung von 1879 ein Konsumrückgang stattgefunden und wird er jetzt noch Annahme der Vorlage weiter stattfinden? Der heutige Konsum, 1,5 Kilo pro Kopf, steht fest. Vor 1879 betrug er, wie aus den Materialien zur Monopolverlage von 1882 hervorgeht, durchschnittlich 1,81, also Rückgang 18 pCt. Für diesen Rückgang war die Steuererhöhung der Grund. Das wird heute wie damals eintreten; nur das damals der Uebergang sich unter viel günstigeren Verhältnissen vollzog, als das heute geschehen würde. Jeder Versuch, die Genussgegenstände höher zu besteuern, muß in einer Zeit wirtschaftlicher Depression auch um so größeren Widerstand finden. Es ist eine Zumuthung an das deutsche Volk, 30 Millionen mehr für den Tabakgenuss zu zahlen, der es heute nicht gewachsen ist. Nothwendig muß die Vorlage zur Folge haben, daß die Fabrikation der billigen Zigaretten sorten sich von Nord- auf Süddeutschland verschieben wird. Seit 1879 ist die Fabrikation der 4 Pf.-Zigarette gänzlich auf Süddeutschland verschoben worden; dasselbe würde jetzt mit der 5 Pf.-Zigarette der Fall sein. Die Behauptungen, welche die Tabakindustrie aufgestellt hat, halte ich in jeder Beziehung in der Hauptsache für berechtigt. Herr Freese hat hier erwähnt, daß sich auf der Versammlung in Wände sogar Pastoren befunden hätten, welche die Tabakarbeiter nach Berlin zu führen sich erboten hätten. Ich muß diesen Versuch, den Pastoren etwas anzuhängen, entschieden zurückweisen, ebenso wie den Versuch des Abg. Schäbler, die glücklicherweise zufällig jetzt einmal vorhandene Einigkeit zwischen Fabrikanten und Tabakarbeitern zu stören. Von der Starbung haben auch nicht die Kleinbetriebe, sondern bloß die großen Fabrikanten den Vortheil. Den kleinen Pauschalirten wird man sie ohne Sicherheit doch nicht gewähren wollen. Die Defraudationen werden an der Tagesordnung sein. Die ganze Vorlage geht dahin, daß die großen Fabrikanten, besonders wenn sie die Konkurrenz der Kleinen los sind, sehr wohl in der Lage, eine höhere Steuer zu zahlen. Darauf kommt es aber nicht an, sondern auf die großen Interessen der Tabakindustrie, welche hier in Frage gestellt werden.

Abg. v. Elm (Soz.): Wenn Sachsen-Meinungen sich wirklich in einer finanziellen Noth befindet und seine Kulturausgaben nicht erfüllen kann, dann hätte es seinerzeit die Militärvorlage ablehnen sollen. Darin gebe ich dem Schatzsekretär Recht, daß alle diejenigen, welche der Militärvorlage zugestimmt haben, auch die moralische Verantwortung für die Deckung der Kosten übernommen haben. Die Anhänger des jetzigen Militärsystems dürfen sich auch nicht wundern, daß die Kosten für den Militarismus von Jahr zu Jahr wachsen; sie können auch den weiteren Ausbau dieses Systems nicht mehr anhalten. Der antisemitische Abg. Zimmermann hat sich auf den Reichstagsler Caprivi berufen, der versichert hat, daß der Tabak nicht zu einer Steuer herangezogen werden soll. Graf Caprivi ist nicht mehr Reichstagsler und für den Fürsten Bodenlohe besteht jene Verpflichtung nicht mehr. Wenn Großgrundbesitz und Großkapitalismus sich vereinen, dann hat das arme Volk die Kosten zu bezahlen. Darin hat der Schatzsekretär Recht: soll eine neue Steuer einen wirklichen Ertrag abwerfen, dann muß sie einen Massenkonsumartikel treffen. Luxussteuern sind unangenehm und bringen

nichts ein. Mit kleinen Mitteln kann man nur kleine Löcher stopfen. Wir haben seinerzeit zur Deckung der Mehrausgaben die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer und einer Erbschaftsteuer vorgeschlagen, und Bebel hat rechnerisch nachgewiesen, daß man damit nicht nur das vorhandene Manko decken, sondern auch eine Reihe drückender indirekter Steuern aufheben könnte. Die Ausflüchte des Schatzsekretärs lassen erkennen, daß die Besitzenden durchaus nicht gesonnen sind, die Kosten für den Militarismus aufzubringen.

Als Tabakarbeiter habe ich das Glend der Tabakarbeiter am eigenen Leibe erfahren und die Frage gründlich studirt. Es ist kein Zweifel, daß die Regierung die Einführung des Monopols für die glücklichste Lösung der Frage hält und nur deshalb jetzt damit nicht kommt, weil ein solcher Vorschlag keine Aussicht auf Annahme hat. Die Konsumenten würden beim Monopol sehr schlecht fahren. Es steht fest, daß in den Ländern, wo hohe Zölle bestehen, die Tabakindustrie sich am wenigsten entwickelt hat. Ich erinnere nur an England, wo die Bevölkerung zweifelslos weit konsumfähiger ist als in Deutschland. England besitzt 413 Fabriken mit 19 000 Arbeitern, eine Zahl, die nach meinen Informationen noch viel zu hoch gegriffen ist, während Deutschland nach der letzten durchaus mangelhaften amtlichen Enquete 138 000, nach der zuverlässigen Enquete der Tabaks-Berufsgenossenschaft 170 000 Tabakarbeiter hat. Im ganzen haben 400 000 Menschen vom Tabak ihr Brot, und alle diese Menschen müssen steuern. Schon heute wird verhältnismäßig eine höhere Einnahme aus dem Tabak erzielt, als in Amerika. In Amerika betrug die Tabaksteuer und der Tabakzoll 1891/92 41 265 561 Dollars bei 66 Millionen Einwohnern. Nehmen wir das Verhältnis des Geldwertes in Amerika zu Deutschland von 3:1, so betrug die Steuer in Amerika nur 43 766 000 M. In Deutschland haben wir eine Brutto-Einnahme aus dem Tabak von 55 Millionen Mark. Der Tabak ist also in Amerika heute schon um 20 pCt. weniger belastet, als in Deutschland. Bei der Wohlfeilheit der nothwendigen Lebensbedürfnisse in Amerika wird das Verhältnis zu Deutschland noch günstiger. In Amerika wurde die Tabak-Fabriksteuer zu einer Zeit eingeführt, als die Industrie noch in ihren Anfängen stand, in Deutschland soll sie eingeführt werden, nachdem die Industrie auf Grund eines anderen Systems sich vollständig entwickelt hat. Wie steht es nun mit der Produktion in Amerika und in Deutschland? Ich halte mich an das Material der Regierung und ich bin ihr dankbar dafür, denn es beweist, daß diese Vorlage unannehmbar ist. Der Herr Schatzsekretär konnte keinen unglücklicheren Gedanken haben, als dieses Material dem Reichstage zu unterbreiten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Amerika werden jährlich 4 765 275 Mille Zigaretten produziert, im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl von Deutschland 3 610 057 Mille. In Deutschland werden 5 500 000 Mille produziert, also 33 1/2 pCt. mehr als in Amerika. (Hört! hört!) An Zigaretten werden in Amerika 3 570 701 Mille produziert, bezw. 2 705 077 Mille, in Deutschland nur 600 000 Mille. Für die Anfertigung eines Mille Zigaretten wird nur der sechste Teil des Lohnes gezahlt, wie für die Anfertigung eines Mille Zigaretten. Würden sich nun bei uns die Zustände so gestalten wie in Amerika, so hätten wir nach Annahme der Vorlage auf eine Entlassung von 40 000 Arbeitern zu rechnen. Jöge man davon 5000 mehr anzustellende Zigarettenarbeiter und Rauchtak- Arbeiter ab, so würden immer noch 35 000 übrig bleiben. Schon heute ist der deutsche Tabak um 20 pCt. höher belastet als der Tabak in Amerika. Nun soll er noch um 100 pCt. höher belastet werden. Wir haben in Deutschland nur den 24. Teil von zur Zigaretten-Fabrikation brauchbarem Tabak wie Amerika. Daran ändern auch hohe Schutzölle nichts. Wir sind darauf angewiesen, den größten Theil des brauchbaren Tabaks aus dem Auslande zu beziehen. Amerika bezieht nur einen geringen Theil aus Holland und es bezahlt für die feinen Sumatratatabake horrenden Preise. Es wird gesagt, daß es gerade ein Vorzug des Entwurfs sei, daß er eine prozentuale Belastung der Tabakfabrikate in sich schließt, weil die besseren Fabrikate höher belastet würden, als die geringeren. Die Zahlen, welche diesen Argument erst Licht und Schatten verleihen, sind leider nicht beigelegt. Der Hauptkonsum besteht in den billigeren Zigaretten. Nur 10 pCt. der Steuer würde von den wohlhabenderen Klassen getragen werden, und da will man davon sprechen, daß die bestehenden Klassen im richtigen Verhältnis zu ihrem Einkommen zu dieser Steuer herangezogen werden!

Wenn der Abg. Clemm gesagt hat, daß die Fünfpfennig-Zigarette nur um 1/3 Pf. verteuert würde, so hat er von Makkulatur keine Ahnung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wird mit 6 Pf. verkauft werden müssen, weil sonst der Fabrikant nicht bestehen kann. Das ist der Kernpunkt der Vorlage. Hohe Belastung der Importen mit 900 M. steht ja sehr gefährlich aus; aber die Belastung der einzelnen importirten Zigaretten fällt in Wirklichkeit um 11 pCt., während die 5-Pf.-Zigarette unter allen Umständen für 6 Pf. verkauft werden muß, also eine Steigerung um 20 pCt. erfährt. Das ist die Gerechtigkeit der Vorlage.

Daß ein Konsumrückgang eintreten muß, ist ganz zweifellos. Die Regierung erklärt, daß die vom Tabakarbeiter angegebenen Zahlen nicht richtig seien, da eine zuverlässige Schätzung überhaupt nicht möglich sei. Mein Fraktionsgenosse Mollenbutz hat Ihnen früher schon das Gegenwärtige bewiesen. Die erwartete Mehreinnahme von 40 Millionen blieb in Frankreich seinerzeit auch aus, weil man nicht den Konsumrückgang in betracht zog. Eine Gegenüberstellung des Konsums in Frankreich und Deutschland pro Kopf der Bevölkerung ist darum schon nicht angebracht, weil wir in Deutschland einen weit größeren Kindesbesitz haben. Daß 1879 ein Konsumrückgang eingetreten ist, wird nicht bestritten. Den Tabakarbeitern brauchte man es auch nicht erst zu beweisen, denn diese wissen das aus eigener Erfahrung. Sie wissen, daß eine ganze große Zahl von ihnen in Folge der Zollerhöhung genöthigt war, den deutschen Boden zu verlassen und jenseits des Ozeans sich eine bessere Heimath zu suchen. Heute liegen die Verhältnisse weit ungünstiger wie damals: heute würde der Ueberfluß an Tabakarbeitern, der aus Deutschland herausgewiesen würde, drüben keinen Unterschlupf mehr finden, denn auch in Amerika sind die Verhältnisse viel schlechter geworden. Daß der Konsumrückgang von 1879 kein dauernder war, lag auch daran, daß die Preiserrhöhung zu drei Viertel von den Arbeitern, zu ein Viertel von den Fabrikanten und gar nicht von den Konsumenten getragen wurde. Das hat sich alles sehr geändert.

In Baden hat sich die Arbeiterzahl von 12 000 auf 30 000 erhöht; davon sind 7000 männliche Erwachsene. (Hört, hört!) Ein großer Theil dieser Arbeiter verdient unter 12 M. die Woche, wie der Fabrikant selbst konstatirt, und ihre Ernährung ist jämmerlich, täglich 20 Gramm Fleisch und 1000 Gramm Kartoffeln. Daß solche Arbeiter degeneriren, daß ihr Durchschnittsalter stetig mehr zurückgeht, versteht sich ganz von selbst.

In den Berufsvereinigungen sind insgesamt 5 168 000 Personen versichert, deren Arbeitslöhne 1163 557 328 M. betragen, also pro Kopf 631,18 M. In der Tabaksberufsgenossenschaft waren 110 647 Personen versichert mit 56 236 032 M. Eöhnen, also pro Kopf 508,72 M. Der Lohn der Tabakarbeiter bleibt also noch um 22 pCt. unter dem all-

gemeinen Durchschnitt. Dabei sind die Lohnziffern der Berufsge nossenschaften noch zu hoch gegriffen, weil auch arbeitslose Tage mitgezählt sind. Es fragt sich, wodurch die Fabrikanten jetzt die Produktionskosten verringern wollen. Sie können nicht wieder wie 1879 den Arbeitern 6-10 M. Lohn abgeben, denn dann bliebe den Arbeitern überhaupt nichts mehr übrig. Deshalb sind auch die Fabrikanten selbst so sehr gegen die Vorlage. Weil sie den Arbeitern nichts mehr abgeben können, geht es ihnen selbst an den Kragen. Der Abg. Frese berechnet die Zahl der arbeitslos werdenden Arbeiter mit 17 000 noch zu niedrig. In allen Städten Deutschlands ist eine wesentliche Lohnherabminderung nicht mehr möglich, weil der Lebensunterhalt zu teuer ist. Es wird dieselbe Wirkung eintreten wie 1879. Die Fabriken werden wieder vom Norden nach dem Süden verlegt werden. Ein großer Teil der Arbeiter wird diesen Zug nicht mitmachen können, und die älteren Arbeiter würden so wie so nicht mitgenommen werden, wenn sie es auch wollten; sie würden selbstverständlich den Gemeinden zur Last fallen und die Armenlasten der Gemeinden im Norden weißes gewaltig vermehren. Auch der Tabakhandel wird den Zug vom Norden nach Süden mitmachen. Heute wird schon ein großer Teil des Tabakhandels in Rotterdam und Amsterdam betrieben; nach der Vorlage werden in Hamburg und Bremen wieder viele Arbeiter entlassen werden und den Gemeinden zur Last fallen. Die Sortierung und Verpackung der Zigarren beschäftigt zahlreiche Arbeiter und der Preis der Verpackung beträgt jetzt 6-20 M. pro Kiste. Wird die Art der Verpackung vereinfacht und vergrößert, so werden wieder in erster Linie zahlreiche Sortierer brotlos werden; dazu kommen die Kleber, die Fertigmacher, die Ristenmacher, die in den Seidenbandfabriken beschäftigten Arbeiter, die zahlreichen Arbeiter, welche in Gießereien beschäftigt sind. Eine weitere Verringerung des Futurapreises wird dadurch eintreten, daß das bisher gewohnte Skonto von 1-3 pCt. an die Händler fortfällt. Die Preise für die Händler sind je nach Umsatz und Zahlungsfähigkeit derselben ganz verschieden.

Durch die Vorlage wird der Hinterziehung Thür und Thor geöffnet. Eine ganze Reihe von Zwischenhändlern hat jetzt schon ihre eigenen Brände auf den Kisten, ohne daß darin ein Betrug zu erblicken ist. Wer will sie zwingen, die Sendungen richtig zu fakturieren? In den Großstädten, namentlich in Berlin haben viele Fabrikanten eine ganze Reihe von Verkaufsstellen. Wie wollen Sie denen vorschreiben, wie sie die Waaren, die sie in die Verkaufsstellen schicken, fakturieren sollen? Will man einen bestimmten Prozentsatz annehmen, so wird der Willkür Thür und Thor geöffnet. Und wie wirds mit der Kontrolle beschaffen sein? Wir werden dann wieder eine Menge Beamten haben, die sich den Unteroffizieren noch bewähren haben. In Amerika fungieren Sachleute, und diese können die Sache besser beurteilen, als Laien.

Für die Buchführung kann der Bundesrath Erleichterungen zulassen, nun, dann kann er solche Erleichterungen auch wieder aufheben. Es ist ein Irrthum, daß in kleineren Betrieben nur geringere Waare verarbeitet wird. Nach dem Verbrauch an Deckblättern kann man nicht beurtheilen, wie viel Zigarren angefertigt sind, denn zu einer Sorte braucht der Fabrikant viel, zur andern weniger Deckblatt. Wollen Sie auch alle kleinen Betriebe kontrollieren? Der Schatzsekretär giebt selbst an, daß zwei Drittel aller Betriebe kleine Betriebe sind. Es ist unmöglich, alle diese so zu kontrollieren, daß keine Ungleichheiten eintreten.

Zu seinem eigenen Bedarf soll jeder einen Kr mit Tabak bepflanzen können. Es läßt sich aber nicht kontrollieren, ob dieser Tabak wirklich zu eigenem Bedarf verwendet wird. Die kleinen Tabakpflanzler als Tabakarbeiter werden alle zum Schmuggel hingeführt, wie in Amerika. Man wird schließlich auch den Tabakbauer unter die Suchkontrolle stellen müssen. Die Fabrikarbeiter arbeiten Sonntags zu Hause und vertreiben die Fabrikanten in ihren Bekanntheitskreisen zu Preisen, mit welchen die Händler nicht konkurrieren können. Können Sie es den Leuten verargen, daß die Leute schmuggeln und den Staat betrügen, der sie brotlos macht?

Die Hausindustrie, diesen Krebsgeschaden, will man erhalten, aber man weiß, daß sie sehr schwer zu kontrollieren sein wird und schlägt besondere Maßregeln vor. Sie ist aber unkontrollierbar; sehen Sie nicht neben jeden Hausarbeiter einen Steuerbeamten, dann können Sie sie nicht kontrollieren, und die Defraudanten werden die Regel sein. Unser jetziges System der Hausindustrie wird aufgegeben werden müssen und wird werden zu den Verhältnissen kommen, wie in Amerika zu der sogenannten Hausarbeit, wo die Arbeiter in großen Häusern, die den Fabrikanten gehören, mit ihrer ganzen Familie wohnen und arbeiten. Gegen dieses System hat selbst das größte amerikanische Unternehmertum, der „New-York Herald“, im sanitären Interesse protestieren müssen. Es haben sich da schreckliche Verhältnisse herausgebildet, und auch in Deutschland würden sich solche Zustände entwickeln. Ferner wird ein gewaltiger Konkurrenzkampf entbrennen, in welchem sich jeder seinen Absatz zu erhalten suchen wird, und in dem derjenige Sieger sein wird, der am härtesten und rücksichtslosesten gegen seine Arbeiter vorgeht und es versteht, durch die vielen Mägen dieser Vorlage hindurch zu schlüpfen und der Steuerbehörde ein A für ein U zu machen.

In Amerika ist die Fabriksteuer die einzige Möglichkeit; die prozentuale Besteuerung, die uns hier vorgeschlagen wird, hat sich aber in Amerika längst überlebt. Die ganze Vorlage ist auf lauter Unmöglichkeit aufgebaut. Der Gedanke der Beglaubigung der Fakturen ist einfach nicht durchführbar, ebenso wenig die Rücksendung der Faktura; ebenso wenig kann der Fabrikant die Anforderungen erfüllen, die an ihn betrefend der Buchführung gestellt werden. Selbst seine eigenen Zigarren zu rauchen, verbietet die Vorlage dem Fabrikanten; die Durchführung eines solchen Verbots sollte doch auch den Verfassern der Vorlage als unmöglich erscheinen sein. Es giebt bei der Tabakfabrikation, namentlich beim Rau- und Schnupstak eine ganze Reihe von Geschäftsgewohnheiten, in welche durch die Kontrolle ein unerhörter Eingriff gemacht würde. Zerthümer werden sich gar nicht vermeiden lassen, und die Fabrikanten werden mit hohen Geldstrafen belegt werden oder sogar ins Gefängnis wandern. Die Regierung rechnet nicht mit einem so gewaltigen Konsumrückgang, wie thatsächlich eintreten wird, und auch nicht mit der Herabminderung des Futurapreises. Berechnet man den ersteren zu 20 pCt., die letztere zu 10 pCt., so werden nicht 82, sondern nur 12 Millionen aus dieser Steuer herauskommen. Soll sie dann mehr einbringen, so muß die Steuerstrafe mehr angezogen werden, und dadurch wird die Bahn zum Monopol frei. Manche kleine Industriellen wollen lieber das Monopol, als die Fabriksteuer, denn wenn heute das Monopol eingeführt würde, wähle die Regierung sie entschädigen, sind sie aber durch diese Fabriksteuer erst in einigen Jahren ruiniert, bedarf es keiner Entschädigung mehr.

Die Kleinindustrie wird sich thatsächlich völlig verbluten, daß ist keine Uebertreibung. Die Tabakindustrie steht wie ein Mann gegen die Vorlage, und keiner meint, daß an ihr auch nur das geringste zu verbessern wäre; denn das ganze System ist eben unhaltbar. Die Reserverarmee der Arbeitslosen ist schon gewaltig groß und wird durch die Vorlage noch bedeutend vermehrt. Diese Leute verlangen keine Liebesgaben, verlangen nicht, daß die Regierung sie unter ihre Fittige nehme, aber sie haben das Recht, zu verlangen, daß endlich einmal Ruhe eintritt.

Sch behaupte, daß das Zentrum die Vorlage noch an eine Kommission verweisen will. Zum Zentrum hat man nach dem Unfall desselben in der Unsturzkommission überhaupt kein Vertrauen mehr. Durch die Verweisung an die Kommission beunruhigen Sie die Tabakindustrie nur aufs neue.

Keine Industrie beschäftigt so viele Krüppel und Schwache, wie die Tabakindustrie. Gerade die alten Arbeiter werden erbarmungslos vom Kapitalismus bei Seite geschoben werden. Glauben Sie, daß die brotlos werdenden Arbeiter den Gano an

Regie anklimmen werden? Die Begeisterung der Arbeiter für die bestehenden Zustände wird sicherlich nicht wachsen. Diese Unzulriedenheit wird auch hineingetragen werden in die sechste Versammlung der Tabakbauern. Das sind nicht bloß Sozialdemokraten, in jenen Kreisen hat man die Sozialdemokraten mit Mitteln tödtlich schlagen wollen. Sie selbst werden die Todtengräber des Systems werden, welches Sie großgezogen haben.

Die Sozialdemokratie wird wachsen, gleichviel, ob Sie diese Vorlage annehmen oder nicht, aber die Annahme dieser Vorlage wird den Entwicklungsgang beschleunigen. Thun Sie, was Sie wollen; wir haben Sie gewarnt und jeder, der ein Herz für die armen und elenden Arbeiter hat, muß unter allen Umständen gegen die Vorlage stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Weiningerer Staatsminister v. Heim: Der Vorredner hat davon gesprochen, daß die Einnahme aus der Tabaksteuer nicht für Kulturaufgaben, sondern für Militärausgaben bestimmt sei. Allerdings ist die Militärmacht verstärkt worden und dazu sind die Gelder zu beschaffen. Aber ist es nicht eine der ersten Kulturaufgaben, die Wehrkraft des Vaterlandes zu stärken? Wenn eine feindliche Invasion erfolgt, dann werden mehr Güter vernichtet als durch eine Besteuerung Schaden angerichtet werden kann. Die Wohlhabenderen können sich mit ihrem Besitzthum viel leichter solchen Zufällen entziehen als die Arbeiter. Deshalb haben die Arbeiter das erste Interesse an der Stärkung der Wehrkräfte. Die Reichs-Einkommensteuer und die Reichs-erbbschaftsteuer würde den Einzelstaaten die wichtigsten Steuerquellen, über die sie jetzt verfügen können, entziehen. Deshalb bitte ich, die Vorlage anzunehmen.

Abg. Brünings (nat.) erhält um 1/16 Uhr das Wort. Er fährt aus, daß der Konsum des Tabaks seit 1879 mit der Vermehrung der Bevölkerung schrittgehalten hat, trotz der damals eingeführten Mehrbelastung. Er nimmt an, daß auch eine jetzt eintretende weitere Vertheuerung den Konsum nicht vermindern wird; es wird nur eine Verschiebung in der Auswahl und Bearbeitung der Rohstoffe eintreten. Die Einzelausführungen des Redners gehen für die Tribüne verloren.

Im Hause sind kaum noch 50 Mitglieder anwesend! Abg. Schneider (Nordhausen, fr. Wp.) giebt zunächst seiner Vertheidigung darüber Ausdruck, daß der Gedanke der Biersteuer von dem Abg. Schädel so blüdig zurückgewiesen sei und wendet sich dann gegen den Abg. Grafen Hofstein. Dieser habe die Agitation der Tabakindustrie als übertrieben bezeichnet, während sie doch in viel engeren und bescheideneren Grenzen geblieben wäre, als sie die Agrarier für ihre Zwecke in Szene zu setzen pflegten. Man könnte mit dem Minister Miquel sagen, die Tabakindustriellen müßten die größten Gsel sein, wenn sie sich nicht gegen diese Vorlage wehren wollten. Die freisinnige Volkspartei habe zwar die Militärvorlage nicht bewilligt, sie lehne deswegen jedoch nicht die Verpflichtung ab, Dedung für vorhandene Bedürfnisse zu suchen, aber für diese Vorlage, als ein geeignetes Mittel zur Dedung, sei sie nicht zu haben. In Zukunft mag man sich bei solchen Neubewilligungen vorsehen und gleichzeitig über die Dedungsmittel beschließen. Die zahlenmäßige Nachweisung des finanziellen Bedürfnisses sei nicht geeignet, allzuviel Vorreden einzuführen. Die Verbesserung der Vorlage gegen die vorher sei ziemlich selbstverständlich gewesen; sie war das wenigste, was nach den vorjährigen Verhandlungen die Regierung nachlassen mußte. Nicht der Reichstag habe es nachher in der Hand, die stärkere Anziehung der Steuerstrafe zu verhindern, sondern eine solche stärkere Heranziehung liege in der Natur der Sache, wenn die Erhebungskosten einmal ausgegeben sind und die Einkünfte sich nicht auf der Höhe der gehegten Erwartung halten. Das Entgegenkommen gegen die Tabakpflanzler beruhe auf dem Grundsätze: Theile und bethsche. Die Kontrolle durch Beglaubigung der Faktura schmecke außerordentlich nach dem grünen Lische. Höchst charakteristisch seien auch die Strafbestimmungen der Vorlage über die Defraudate; nicht weniger als 22 von den 75 Paragraphen der Vorlage seien ihnen gewidmet. Auf die vorgeschlagenen Erleichterungen und Befreiungen sei nicht zu geben, weil diese sofort wieder rückgängig gemacht werden, sobald festgestellt sei, daß die durch das Gesetz gegebenen Kontrollvorschriften ungenügend seien. Ueber die Vertheuerung der Fabrikate durch die Vorlage, über den Konsumrückgang und über die nothwendig werdenden massenhaften Arbeiterentlassungen könne absolet kein Zweifel sein. Man könne der nun schon jahrelang währenden Verunthigung der Tabakindustrie nur ein Ende machen, wenn man die Vorlage definitiv begrate.

Präsident v. Levetzow: Der Vorredner hat im Eingang seiner Rede bemerkt, es sei nicht seine Schuld, daß er in der späten Stunde erst zum Worte komme, obwohl er sich rechtzeitig gemeldet habe. Ich muß den darin für mich liegenden Vorwurf zurückweisen. Es wird hier eine Rednerliebe nicht geführt und auf die frühere oder spätere Meldung kann sich niemand berufen. Von den drei kleinen Parteien der Linken hat der Abg. Schneider als Vertreter das Wort erhalten, diese Seite ist also auch mit Rednern reichlich bedacht worden.

Um 1/17 Uhr ertheilt der Präsident dem Abg. Schultze-Lupitz (Rp.) das Wort. Er hält dafür, daß die Kultur der Tabakpflanze in Deutschland in gar nicht allzu langer Zeit auf eine ungehörte Höhe gebracht werden kann, sodas man den ausländischen Tabak überhaupt entbehren lernen werde. (Heiterkeit.) Er sei in der Lage, über den wissenschaftlichen Tabakbau genaue Informationen zu besitzen. In der Vorlage werde das richtige Maß eingehalten.

Der Präsident schließt die Diskussion, weil sich niemand zum Worte gemeldet habe.

Abg. Müller konstatiert, daß er noch das Wort habe ergreifen wollen.

Die Vorlage wird einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Schluß gegen 7 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Interpellation Wichter betrefend die gefestigte Abberaumung der Wahl für den Abg. Gosselmann; Finanzreform-Vorlage.)

Tokales.

Achtung, Parteigenossen des sechsten Wahlkreises! Die Parteigenossen, welche bis jetzt den „Vorwärts“ noch nicht von der Parteipostition beziehen, erinnern wir hiermit an die betreffenden Versammlungsbeschlüsse, in denen ausgedrückt wurde, daß die Expedition in eigene Regie genommen werden soll.

Die Parteigenossen, welche in Reaktion dieses Beschlusses zum 1. März den „Vorwärts“ bei der Parteipostition abholen wollen, werden ersucht, rechtzeitig die Abbestellung bei ihren bisherigen Expediteuren zu erwirken und mit der Lieferung des Partei-Organs eine der folgenden Stellen zu beauftragen:

Für Meabit: Hempel, Köbelerstr. 16, S. p.; für Wedding und Oranienburger Vorstadt: Stolzenburg, Wiesenstr. 14 p.; für Gesundbrunnen: Gajmann, Grünhaldenstr. 67, S. p.; für Rosenthaler Vorstadt: Rosenthal, Swinemünderstr. 79, S. 3 Tr.; für Schönhauser Vorstadt: Marx, Kastanien-Allee 98 p.

Begleichen ist auch bei den vorgenannten Expediteuren sämtliche Parteiliteratur, sowie der „Vorwärts“ im Einzelverkauf zu haben.

Der Vertrauensmann: G. Helbig.

Unsturz. In Berlin, allwo die Sozialdemokratie allen Hindernissen zum Trotz zu ihren Hunderttausenden Anhängern und Anhängerinnen täglich neue Mitkämpferscharen wirbt, hat es die liebe Polizei zwar nie an wackerer Bekämpfung des Unsturzes fehlen lassen. Aber es scheint doch, daß die großen Ereignisse, unter denen die kümmerlichen Reste des freien Wortes dem arbeitenden Volke völlig weggeschlammert werden sollen, ihre lähmenden Schatten schon jetzt mit ziemlicher Deutlichkeit vor-

answerfen.“ Gar häufig hatten wir neuerdings von Haus- suchungen zu berichten, mit denen die „Feinde der Gesellschaft“ beglückt wurden und auch am Freitag ist wieder so ein erschreckendes Ereignis eingetreten. In der Wohnung unserer Parteigenossin Frau Wengel 7, Fruchtstraße 30, suchte die Polizei vier Stunden lang nach Beweismitteln, welche die Verbindung der Unsturzlerin mit der Frauen-Agitationskommission beweisen sollten. Weichlagenaht wurden verschiedene Bogen Sammelbonds, ein Kontobuch, mehrere Flugblätter und rothe Würzummern, sowie etliche Briefe und Postkarten. Die Hausdurchsuchung ist noch weiter auf die Wohnungen von Fräulein Baader, Weberstr. 21, Frau Fahremwald, Urbanstr. 116, Frau Jung, Boeckstr. 27, Frau Klossch, Kopenstr. 27, Frau Frohmann, Frankfurter Allee 110, Frau Jhrer, Panlow, Schönholzerstr. 8c, ausgebeht worden. Das Resultat muß in allen den letzteren Fällen als Null bezeichnet werden.

Die Frauen-Agitationskommission ist inzwischen aufgelöst worden. Folgende, in der letzten Nummer des „Reichs-Anzeigers“ erscheinende Bekanntmachung giebt davon Kunde:

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Berliner Frauen-Agitationskommission auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 vorläufig geschlossen ist.

Jede fernere Betheiligung an diesem Vereine oder an etwaigen Neubildungen, welche sachlich als Fortsetzung der Frauen-Agitationskommission erscheinen, wird nach § 16 a. a. O. mit Geldstrafe von 15 bis 150 M. oder Gefängnißstrafe von acht Tagen bis zu drei Monaten bestraft.

Berlin, den 19. Februar 1895.

Der Polizeipräsident.

Freiherr von Richthofen.

So ist dem prächtigen, aber noch nicht ganz auf der Höhe preussischer Staatsraison stehenden Gesetz genüge geleistet, so ist der Staat vorderhand wenigstens von einem Theil des weiblichen Unsturzes gerettet worden. Und der weitere Erfolg? Die lange, lange Reihe aller polizeilichen Maßnahmen gegen die Arbeiter-schaft hat immer noch den schlagenden Erfolg gehabt, daß die verhasste Sozialdemokratie obenau blieb und neue begeisterte Kämpferscharen warb. So wird es zum Heil für die Zukunft unseres armen Vaterlandes auch fernher gehen — ob mit, ob ohne Unsturzumme!

Welche Kinder werden zu Ostern schulpflichtig? über diese Frage besteht bei nur zu vielen Eltern immer wieder noch völlige Unklarheit und dürfte es daher angebracht sein, denselben diese Frage hier zu beantworten. Es werden zu Ostern schulpflichtig diejenigen Kinder, welche das sechste Lebensjahr vollendet haben, also in der Zeit vom 1. April 1888 bis dahin 1889 geboren sind. Aufnahmefähig jedoch sind auch diejenigen Kinder, welche bis zum 30. September dieses Jahres das sechste Lebensjahr vollenden und körperlich und geistig dementsprechend entwickelt sind. An die Anmeldungen sollten besonders schon jetzt diejenigen Eltern und Pflegebesohlenen denken, welche die nöthigen Papiere sich von außerhalb kommen lassen müssen, und zwar Geburts-, Tauf- und Quissschein, welche Atteste bei der Anmeldung vorzulegen sind. Es besteht vielfach die irrige Meinung, daß auch ein Zeugniß über die erfolgte Taufe vorzulegen ist. Ein solches Schriftstück kann jedoch von Eltern, die überzeugungstreu genug waren, an ihren Kindern diese Formalität nicht ausüben zu lassen, selbstverständlich nicht gefordert werden — der Einkultung wegen können diese Kinder nach wie vor frohe Heiden bleiben. Anmelden sind die Kinder bei den Schulkommissionsmitgliedern des Bezirks, in welchem die Eltern wohnen, resp. in welchen sie zum 1. April ziehen; die Adressen der Schulkommissionsmitglieder siehe im 4. Theil (2. Band) des Adreßbuchs, Seite 90 bis 106, verzeichnet. Ueber Kinder, die aus Gesundheitsrücksichten vom Schulbesuch noch zurückgehalten werden müssen, ist bei der Anmeldung ein behördlich beglaubigtes ärztliches Attest zu überreichen.

Der Fernsprechverkehr mit Rienburg (Westf), Bremerhaven und Begefaß ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt 1 M.

Berliner Aquarium. Morgen am letzten Sonntag im Monat beträgt der Eintrittspreis 25 Pf. pro Person.

Eigenthümliches und Ordnungsgeländliches. In Charlottenburg wurde am Mittwoch in der Generalversammlung des Vereins gegen Verarmung dem Kassirer Stadtrath Rudolf Isaac die Entlassung verweigert. Die „Charl. Ztg.“ berichtet: Bei Erhaltung des Berichtes der Kassirer, der Herren Urmacher J. Gebhardt und Lehrer Schiel, 109 Herr Gebhardt als Berichterstatter verschiedene Monate. Einmal seien die außerordentlichen Einnahmen, deren der Verein ja viele erhalte, aus der bisherigen Buchführung nicht festzustellen, dann aber seien vor allen Dingen die Papiere, aus denen das Gllische Legat bestünde, nicht außer Kurs gesetzt gewesen, ebenso sei zu moniren, daß diese Papiere, die zwar gestern Abend den Revisoren vorgelegt seien, bei der am 4. Februar stattgefundenen Revision nicht vorhanden gewesen wären. Statt der Papiere seien den Revisoren „Scheine“ gezeigt worden, die von der Deutschen Bank ausgestellt waren, jedoch nur theilweise auf den Namen des Vereins lauteten. In der darauf folgenden lebhaften Debatte wurde festgestellt, daß an dem gedachten 4. Februar die Papiere des Legats nicht in der Kasse des Vereins waren. Es wurde ferner festgestellt, daß an Stelle der Werthpapiere nur Geschäftspapiere der Deutschen Bank vorhanden waren, von denen zwei auf den Namen des Vereins, ein Schein auf den des Herrn Georg Isaac lauteten. Diese Scheine waren jedoch keine Depotscheine, sondern, wie der Herr Revisor sich ausdrückte, Scheine, auf die jeden Augenblick Geld erhoben werden könne. Der Herr Revisor hob ferner hervor, daß bei dieser Art der Deposition der Werthpapiere im Falle des Ablebens des Rendanten, Stadtrath Rudolf Isaac, der Verein um sein Legat gekommen wäre. Welcher Natur nun eigentlich diese mysteriösen Scheine waren, konnte beim besten Willen aus den Aussagen der Revisoren nicht festgestellt werden. Ferner wurde ermittelt, daß der Vereinsbote die Beiträge des laufenden Jahres im Gesamtbetrage von 600 Mark ratenweise bereits im Monat Januar, die letzte Rate am 2. Januar eingezahlt hatte, bei der Revision am 4. Februar sich jedoch kein Vermerk darüber in den Büchern fand, der Rendant dagegen ausdrücklich den Revisoren erklärt hatte, daß überhaupt noch keine Beiträge seitens des Vereinsboten abgeliefert seien, der Verein habe nicht nur keine Mittel, sondern sogar Schulden bei dem Kassirer. Da der Rendant, Herr Stadtrath Rudolf Isaac, weder über den Grund der Niederlegung eines Theils des Vereinsvermögens auf den Namen seines Sohnes, noch über die mangelnden Depotscheine, noch über die Verwendung der von dem Vereinsboten bereits Mitte Januar abgelieferten Vereinsbeiträge in Höhe von 600 M. sichhaltige Auskunft geben konnte, so wurde die weitere Verhandlung dieser Angelegenheit verlagert und eine Kommission zur Prüfung der Vorkommnisse eingesetzt.

Wie von der Direktion der Stadt- und Ringbahn bereits bekannt gegeben ist, wird vom 1. April d. J. ab eine Aenderung der Tarife der Monatskarten für den Stadt- und Vorortverkehr eintreten. Es wird berichtet, daß von diesem Zeitpunkt an die Monatskarten für fünf Stationen der Stadtbahn von 3 M. auf 2,50 M., für solche der Stadt- und Ringbahn von 4,50 M. auf 4 M. ermäßigt werden, wogu noch das Benutzungrecht der Vorortzüge auf der Strecke der Stadtbahn hinzutritt. Ebenso wird für die Zeitkarten im Vorortverkehr eine Erweiterung der Benutzung von Herjagen derselben Strecke eintreten und dem Publikum gestattet sein, sich derselben Zeitkarte zu bedienen, falls dasselbe auf einer anderen Bahnstrecke nach der gleichen Station fahren will. Schließlich werden auch in diesem Jahre

Jeil: Karten zur Ausgabe gelangen, doch müssen derartige Billets
bereits acht Tage vor Antritt der Ferien bestellt werden.

Diese Mittelstellungen fordern wieder zu einem Vergleich der
verhältnismäßig günstigen Abonnementbedingungen der Stadt-
und Ringbahn mit denen der Pferdebahn heraus. Hier hat man
für eine oft dreifach längere Strecke einen dreifach höheren
Abonnementspreis zu zahlen! Einmal ist bei der Pferdebahn aller-
dings anzuerkennen, nämlich die gleichmäßige Schilanzung
des Publikums. Auf preussischen Staatsbahnen sind es nur die
sogenannten Arbeiterzüge, in die das Publikum oft wie die
Heringe eingepfercht wird und auch nur Arbeiter waren es, die
man im vorigen Herbst z. B. auf der Wannseebahn mit den be-
kannten kuriosen Forderungen des Nachweises über ihre Arbeiter-
qualität beglückt hat.

In der **Wärmehalle am Alexanderplatz** war im Dezember
eine Werkstätte für Arbeitslose eingerichtet worden, in der aus
Tuch und allerlei von hiesigen Geschäftshäusern ge-
lieferter Stoffabfälle billige Decken, Kissen, Säuge u. s. w. an-
gefertigt und zum Verkauf ausgestellt wurden. Man hoffte, auf
diese Weise wenigstens einem Theile der Arbeitslosen vorüber-
gehend Beschäftigung und Verdienst verschaffen zu können. Die
angefertigten Gegenstände haben aber leider fast gar keinen Ab-
satz gefunden, so daß auf die Anfertigung weiterer Verkaufs-
artikel verzichtet worden ist. Dieser Ausgang des mit so großen
Hoffnungen begonnenen Unternehmens zeigt wieder einmal, daß
auch mit solchen Mitteln der Arbeitslosigkeit nicht abgeholfen
werden kann, nicht einmal auf allerbestmöglichstem Gebiete.
Mit der Selbsthilfe ist es für die obigen Hilfs-
stellen schon lange nicht; aber auch die vielgepriesene
Arbeit derselben, die von „gemeinnützigen“ und „wohlthätigen“
Vereinen betriebene Aufhilfe hat bisher nennenswerte Er-
folge nirgends aufzuweisen gehabt. Diese Erkenntnis bricht sich
auch bereits in immer weiteren Kreisen der Bourgeoisie Bahn.
Zu den Gründen, aus denen sie sich immer mehr von den „ge-
meinnützigen“ und „wohlthätigen“ Unternehmungen abwendet, ge-
hört auch die Einsicht in die immer deutlicher hervortretende Er-
folglosigkeit dieser meist auf Beschäftigung und Abänderung des
Proletariats berechneten Mittel. Die Bourgeoisie schreit jetzt
nach **Staatshilfe** gegen die von dem Proletariat ihr
drohende Gefahr, oder vielmehr nach **Polizei** Hilfe: sie ver-
langt — Umsturzesgehe.

Wismartrummel in Schöneberg. Die Gemeindevorstellung
von Schöneberg hat in ihrer letzten Sitzung mit allen gegen eine
Stimme beschlossen, dem Fürsten Bischoff zu seinem 80. Geburts-
tage eine Glückwunschadresse zu übersenden. Es braucht wohl
kaum besonders hervorzuheben zu werden, daß die eine Stimme,
die gegen diese Ehrung der Idealgestalt aller Arbeiterfeinde
protestierte, die des sozialdemokratischen Gemeindevor-
vertreters war.

In dem **Vorgang in dem Café** in der Zimmerstraße
wird weiter berichtet, daß sich die Kellnerin Hedwig Becker nach
einer gut verlaufenen Nacht auch jetzt noch eines durchaus besorgnis-
losen Befindens erfreut. Der Exaltot wurde Freitag Morgen
von dichten Menschenmengen umlagert, nachdem das Lokal wieder
geöffnet worden war und einer gründlichen Reinigung unter-
zogen wurde. Die Wirthin Anna Beuter hat sich von ihrem
Schlage schnell erholt und ist bereits wieder in ihrem reizenden
Wirkungskreis zurückgekehrt. Wer wird das nächste Opfer dieser
Sorte Luftzugerinnen werden?

Der **Präsident des Reichstages, v. Levetzow**, hat an
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses eine Instruktion gerichtet,
wonach an jedem Mittwoch Abend sich die Mitglieder des Reichs-
tages „in den schönen Restaurationsräumen des Reichstags-
gebäudes bei einem Glase vortheilhaftigen Bieres vereinigen“.
„Wir würden uns freuen und geehrt fühlen, so heißt es weiter,
wenn die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten an diesen
gestelligen Zusammenkünften sich betheiligen wollten.“ Näheres
über sich bildende parlamentarische Statuten, Wirthschaften und ge-
müthliche Abendunterhaltungen anderer Art finden die Interessenten
jeweilig im Vereinstheile bürgerlicher Blätter verzeichnet.

Einem **entsetzlichen Tod** in seinem Beruf erlitt am
Freitag zur frühen Morgenstunde der Arbeiter Karl Seiert, der
in der Kolonnenstr. 8 zu Schöneberg wohnt. Aus dem hiesigen
Anhalter Außenbahnhof sind Tag und Nacht Arbeiterkolonnen
beschäftigt, um von den zu Bergen aufgestapelten Kohlenvorräthen
die Maschinen der abgehenden Züge zu fällen. In der Nacht
zum Freitag mußten die Arbeiter — unter ihnen Seiert —
von den durch Frost und Schnee zusammengehaltenen Massen
mittels Hammers die für die Speisung der Maschine erforder-
lichen Kohlen abschlagen und zerhacken. Der Seiert stürzte
plötzlich zusammen und begrub den Arbeiter unter sich. Ob-
gleich die Arbeiten zur Verteilung des Verschütteten sofort in
Angriff genommen wurden, so konnte man ihn doch nur als
Leiche herausheben. Ob der Tod durch Erstickung oder infolge
des Druckes der zum Theil zentnerschweren Kohlenstücke herbe-
geführt worden ist, läßt sich noch nicht beurtheilen. Die Leiche
ist durch das 84. Polizeirevier beschlagnahmt worden.

Ein **großes Eisenbahnunglück** hat sich am Freitag
Nachmittag in dem Lokalverehr zwischen Berlin und Groß-
Lichterfelde zugetragen. Ein Maschinist hat dabei einen
Bruch des Schälhebels, und ein Knabe eine blutige Verletzung
am Kopfe davon getragen. Sehr erheblich ist der Schaden an
Material. Als der Personenzug, der um 1 Uhr 48 Minuten auf
dem Anhalter Bahnhof in Groß-Lichterfelde einlaufen soll, die
Haltestelle nahezu erreicht hatte, ist der Schuwagen zunächst
aus den Schienen gesprungen und hat noch drei
andere Personenzüge zum Entgleiten gebracht. Auch
die Maschine Nr. 1472 wurde aus dem Geleise gehoben und
blieb vollständig umgedreht, mit dem Kopf nach Berlin zu auf
den Schienen liegen. Die beschädigten Wagen tragen, wie uns
von der Unfallstelle berichtet wird, die Nummern 201, 207a, 201
und 202. Der zweite ist vorn vollständig eingedrückt und zer-
splittert; von dem dritten sind die Trittbretter zertrümmert und
die eine Längsseite ist eingedrückt, der letztgenannte Wagen
war umgeworfen und lag quer über den Geleisen, die zum Theil
auseinandergerissen und verbogen sind. Der Zug, der die um
die Mitternacht nach Groß-Lichterfelde fahrenden Orisengefessenen
beförderte, war ziemlich stark besetzt, und besonders waren die
getrennten Abtheilungen dicht gefüllt. Die Reisenden sind
bei Eintritt der Katastrophe zum Theil hinausgeschleudert worden,
zum Theil hinausgesprungen. Die Unglücksstelle glich noch um
8 Uhr nachmittags einem wilden Durcheinander. Eine aus
Tempelhof herbeigekommene Arbeiterkolonne war damit be-
schäftigt, die Maschine in das Geleise hineinzubringen; die
übrigen Wagen lagen noch so, wie sie entgleist und durcheinander-
geworfen waren. Der Verkehr stockte zunächst gänzlich,
zwischen 4 und 5 Uhr wurde von Berlin bis an die Unfallstelle
und zurück der erste Verkehr hergestellt. Um 4 Uhr 50 Minuten
wurde ein aus drei Personenzügen und dem Lokalverkehr zusammen-
gesetzter Zug von Berlin abgelassen. An der Unfallstelle wurde
der Verkehr zur Weiterfahrt geregelt. Die Geleise konnten bis
zu sehr später Stunde nicht freigegeben werden, sodas Lichter-
felder Einwohner die Züge vom Potsdamer Bahnhofe benutzen.
— Dieser traurige Vorfall beweist wiederum die Nothwendigkeit
des Baues zweier neuen Geleise für den Lokalverkehr.

Schwein muß der Mensch haben. Ein hiesiger Ordnungs-
mann und Schweinegroßhändler W. ist nach Amerika geflüchtet.
Er bezog seit einigen Wochen Schweine aus Rußland, die er in
der Einfahrt der Central-Markthalle IA zum Verkauf stellte.
Es war, wie die „Allg. N.-Ztg.“ mittheilt, schon wiederholt
ausgefallen, daß er seine Waare bedeutend unter dem Markt-
preise, aber nur gegen Baarzahlung verkaufte; 120—150 Schweine
soll er seinen Klienten noch schuldig sein.

Blühlich zusammengebrochen ist am Donnerstag Abend
ein **Alter Mann**, der sich in Begleitung eines anderen Mannes

Unter den Linden entlang bewegte. Der Bewußtlose wurde
sofort nach einem Krankenhause gebracht, starb aber dort un-
mittelbar nach seiner Aufnahme. Es handelt sich um den
63 Jahre alten Fabrikbesitzer und Senator Gottfried Lappin aus
Lüneburg, der mit dem Rechtsanwalt E. aus demselben Orte
zur Erledigung von Geschäften nach Berlin gekommen war.

Hundertfünfzig Hosen sind am Freitag bei dem Material-
waaren-Händler M. in der Brunnenstraße konfisziert und in einer
Droschke zweiter Güte dem großen Hotel am Alexanderplatz zu-
geführt worden. Die Schußzeit ist bereits seit dem 1. Februar
beendet und daher durfte der Verkauf nur bis zum 14. d. M.
stattfinden.

Polizeibericht. Am 21. d. M. nachmittags wurden ein
Maurer im Keller eines Hauses in der Hochmeisterstraße und ein
Schlosser auf dem Boden eines Neubaus in der Schering-
straße erhängt vorgefunden. — Im Landwehrkanal, an der
Schönebergerbrücke, wurde die Leiche eines Mannes an-
geschwemmt. — In der Alexanderstraße geriet ein Mann unter
die Räder einer Droschke und erlitt eine Verletzung an der
Schulter. — Abends fiel ein Mann beim Verlassen einer Schant-
wirtschaft in der Eisenbahnstraße hin und erlitt außer einem
Bruch des Daumens eine schwere Verletzung an der Stirn.

Witterungsübersicht vom 22. Februar 1895.

Stationen.	Barometere- stand in mm, reduirt auf 0. Merrep.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (0 G. — 40 R.)
Ewinemünde . . .	758	NNW	3	wolkig	0
Hamburg . . .	761	WNW	3	wolkig	-1
Berlin . . .	759	WNW	3	Regen	0
Wiesbaden . . .	764	W	1	wolkig	2
München . . .	764	SW	4	Schnee	-4
Wien . . .	768	SW	4	bedeckt	-1
Panorama . . .	765	SW	1	heiter	-30
Petersburg . . .	758	NO	1	Schnee	-10
Cork . . .	773	NO	2	bedeckt	4
Aberdin . . .	771	WS	2	bedeckt	3
Paris . . .	768	NO	2	bedeckt	1

Wetter-Prognose für Sonnabend, 23. Februar 1895.

Ein wenig kälteres Wetter mit schwachen nordwestlichen
Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Nieder-
schläge.

Kunst und Wissenschaft.

Im **Schiller-Theater** werden, so schreibt uns die Direktion,
im Laufe der nächsten Woche mehrere Gastspiele stattfinden. Die
Direktion beabsichtigt, den berüchtigten vierwöchentlichen Kün-
digungsparagrafen ganz zu entsagen und läßt daher alle Damen
und Herren, mit denen sie in Engagementsverhandlung steht, noch
im Laufe dieser Spielzeit gastiren. — In „Kabale und Liebe“
hat Fräulein Hedwig Pankl bereits ihr Gastspiel begonnen, dem-
nächst sieht ein Gastspiel von Fräulein Theresie Diebay aus Wien
bevor. Auch eine jugendliche Naive Fr. Ewers soll noch in aller-
nächster Zeit auf Engagement gastiren.

Gerichts-Beitrag.

In der **Aufklagesache** gegen den ehemaligen Pferde-
schaffner Berg hatte dieser eine lange Reihe von Entlassungs-
zeugnissen vorgelegt, durch welche er darthun wollte, daß nicht
er, sondern die Brüder Schwabe schuldig seien. Das Gericht hat
die Ladung dieser Zeugen, unter denen sich auch einige Gerichts-
Berichteratter befinden, abgelehnt. Die Verhandlung findet am
6. März statt.

Wegen Verleumdung eines Fernsprech-Beamten durch
das Telephon stand gestern der Handlungsgeselle Gottlieb Dierke
vor der 135. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Angeklagte
ist in einem Zigarrengeschäft angestellt. Am 7. November hat
der Briefträger M. um die Erlaubnis, das Telephon benutzen zu
dürfen, er wolle das Dienstmädchen einer in Köpenick wohnenden
Herrschaft sprechen. M. erhielt auch Anschlag, es meldete sich
die Herrin des von ihm verlangten Dienstmädchens. Auf seinen
Wunsch, das Mädchen herbeizurufen, wurde ihm die Antwort, er
möge demselben einen Brief schreiben; es sei verboten, andere
als Familienmitglieder den Apparat benutzen zu lassen und dazu
gehöre das Dienstmädchen nicht. Als M. diese Antwort dem An-
geklagten mittheilte, meinte der letztere, er selbst werde einmal
durchsprechen, er werde schon eine andere Antwort bekommen.
Inzwischen hatte auch der Fernsprechbeamte in Köpenick den
Wunsch des M. gehört, er legte sich ins Mittel und bedeutete
ihm, daß er gegen Zahlung von 1 M. den öffentlichen Fern-
sprecher benutzen könne, wenn er das Fräulein eilig sprechen
müsse. In diesem Augenblicke trat der Angeklagte an den
Apparat, er hatte den Rath des Beamten gehört und rief nun
in den Apparat hinein: „Kommen Sie mir nicht so dämlich, Sie
alter Kasser!“ Im Termine entschuldigte sich der Angeklagte
damit, daß er nicht gewußt habe, daß der Sprechende ein Be-
amter war. Der Gerichtshof ahndete die Unart mit einer Geld-
strafe von 10 M.

Dungher, furchtbarer Hunger gab die Veranlassung zu
dem Diebstahl und Verzug, wegen deren sich gestern die 17jährige
Else Meyer von der 135. Abtheilung des Schöffengerichts zu
verantworten hatte. Sie gab unter Thränen die ihr zur Last
gelegten Vergehen zu, die darin bestanden, daß sie zwei jährigen
Kindern, welche von ihren Eltern zum Einholen geschickt waren,
das Geld abgenommen hatte. Im ersten Falle hatte die An-
geklagte auf der Straße ein kleines Mädchen bemerkt, welches
Butter geholt und 20 Pfennige herausbekommen hatte, die ihr in
den Korb gegeben worden waren. Die Angeklagte erbot sich, der
kleinen das Geld recht gut einzuwickeln, legte auch ein zusammen-
geknüpfes Stück Papier in den Korb, behielt aber das Geld. Im zweiten
Falle eignete sie sich ein fünfzigpfennig-Stück an, für welches
ein kleiner Junge Schmalz holen sollte. Diesmal versprach sie
dem Kinde, daß sie den Einkauf besorgen und die Waare sofort
der Mutter nach oben bringen werde. Als das Kind ohne Geld
zurückkehrte, eilte die Mutter hinunter und fand die Angeklagte
noch auf der Straße. Sie hatte sich sofort in einen Wägenladen
begeben, um sich eine Schuppe zu kaufen, die sie mit einem
wahren Heißhunger verschlang. — Die Angeklagte, der
Noth und Entehrung auf dem Gesicht gedriehenden
Stand, gab folgende Schilderung von ihren Familien-
verhältnissen: Ihr Vater sei seit vielen Jahren ver-
schwunden, die Mutter habe sich arg qualen müssen,
um für die Kinder das nothwendigste Brot zu verdienen. Dann
sei die Mutter krank geworden und ins Krankenhaus gekommen.
Nun habe es der Angeklagten abgesehen, ihre Geschwister und
sich zu ernähren. Sie habe eine Auwärterstelle angenommen, die
ihr monatlich acht Mark eingebracht habe. In der Zeit der
Strafthaten hätte sie auch diese Stelle verloren. Die geschädigten
Eltern der beiden bestohlenen Kleinen haben selbst den Gerichts-
hof, gegen die Angeklagte Mißde walten zu lassen. Der Staats-
anwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Wochen, erkannt
wurde auf drei Tage Gefängnis.

Einer schweren Gesichtsverletzung sollte sich die Frau
Helene Klauke geb. Paderbusch aus Berlin schuldig gemacht
haben, welche heute durch die königliche Staatsanwaltschaft vor
die zweite Strafkammer am Landgericht II zitiert wurde. Die
Angeklagte hat sich erdreistet, in der Versammlung des Frauen-
bildungsvereins in Weihensee am Sonntag, den 10. Dezember
vorigen Jahres Bilderbücher für Kinder, herausgegeben von dem
Buchhändler Hoffmann (früher Bantow, jetzt Berlin), zu ver-

kaufen, ohne im Besitze eines Wander-Gewerbescheines zu sein
und soll dadurch obendrein noch die Sonntagsruhe gestört haben.
Frau Klauke erhielt darauf ein Strafmandat wegen Störung
der Sonntagsruhe, das sie mangels genügender Gesehkenntnis
unvorsichtigerweise bezahlte. Daneben wurde sie wegen Ge-
werbesteuer-Kontravention angeklagt. Vor dem Schöffengericht
am Amtsgericht Berlin II, wo zuerst gegen sie verhandelt wurde,
drang sie mit ihrem Einwande durch, daß sie die Bilderbücher
nicht des Erwerbes halber, sondern nur aus Gefälligkeit für den
Verleger zumeist auf Bestellung vertrieben und den Erlös dafür —
50 Pfg. pro Stück — ohne Abzug an den Verleger abgeführt, daß sie
keinen Pfennig dabei verdient, wohl aber noch Verluste gehabt hat, da
ihr mehrere Bücher nicht bezahlt worden seien. Das Schöffen-
gericht erkannte auf Freisprechung, weil ohne einen Erwerb ein
Gewerbebetriebe im Umberziehen nicht vorliegen könne. Gegen
dieses Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Vor der
Strafkammer fand nun eine neue Beweisaufnahme statt. Die
Staatsanwaltschaft hatte ihre Berufung damit begründet, daß
die Angeklagte außerhalb ihres Wohnortes, ohne Begründung
einer gerechtfertigten Niederlassung, ohne vorgängige Bestellung
und ohne im Besitze eines Wander-Gewerbescheines zu sein, Waaren
verkauft bzw. feilgeboten habe. Daß dies zum Selbstkostenpreise
geschehen sei, komme hierbei nicht in Betracht, es genüge, daß
durch den Verkauf der Waaren abgemendet wurde, der aus dem
Nichtverkauf einem Dritten erwachsen sein würde. Frau Klauke
blieb dabei, daß sie aus dem Verkaufe keinen Gewinn, sondern
Verlust gezogen habe. Die Sache sei lediglich als eine Art der
Gefälligkeit aufzufassen. Buchhändler Hoffmann bestätigte als
Zeuge, daß ihm die Angeklagte den vollen Preis für die Bücher
bezahlt habe und bewies dies durch Besätze, doch bemerkte er
nebenbei, daß er 10 Bücher, welche die Angeklagte für ihre Verwand-
schaft brachste, mit etwa 25 Pct. Rabatt abgegeben habe. Gerade den
letzteren Umstand suchte der Vertreter der Anklagebehörde gegen
die Angeklagte anzuhängen. Er folgerte daraus, daß sie doch
einen Vortheil, wenn nicht vorher, so doch nachher erzielt habe
und beantragte, den doppelten Betrag der vom Regierungs-
präsidenten auf 48 M. bemessenen Jahressteuer, also 96 M. als
Strafe festzusetzen. Nach längerer Verathung erkannte der Ge-
richtshof dahin, daß die Argumente des Staatsanwalts nicht stich-
haltig seien. Ohne Entgelt, also im Verkauf zum Selbstkostenpreise,
könne ein Gewerbebetriebe nicht gefunden werden. Daß durch
den Verkauf zum Selbstkostenpreise ein Dritter vor Nachtheil
besüßet werden könnte, der ihm aus dem Nichtverkauf erwachsen
konnte, sei nur in solchen Fällen gegeben, in denen durch
elementare Ereignisse eine Verabfolgung des Wertes der Waaren
zu besitzthümern sei. Nur in diesem Falle würde der Verkauf zum
Selbstkostenpreise dem Verkäufer noch einen Gewinn in Gestalt
eines abgemendeten Verlustes bringen. Es sei daher aus dem
Gründe des ersten Richters auf kostenlose Freisprechung zu er-
kennen. — Nach diesem Urtheil lag also kein Handelsgeschäft
vor. Wenn aber ein solches Geschäft nicht vorlag, dann war
auch das Strafmandat wegen Störung der Sonntagsruhe un-
berechtigt und hätte auch diese Strafe nicht bezahlt zu werden
brauchen.

Ein **unausführbarer Beschluß** mußte gestern die
zweite Strafkammer am Landgericht II in einer Strafsache wider
den Schuwagen August Berger in Charlottenburg fassen, der
in der Trunkenheit einen argen Straßenzug veranlaßt und in
unmüthiger Weise mit der blanken Waffe auf Menschen los-
gegangen ist und solche verletzt hat. Der Angeklagte war zur
Verhandlung nicht erschienen, die geladenen Zeugen gaben an,
der Schuwagen sei in der Zwischenzeit entlassen worden, die
Charlottenburger Polizei-Direktion hat es jedoch unterlassen,
Staatsanwaltschaft oder Gericht zu benachrichtigen. Es wurde daher be-
schlossen, den Schuwagen zum nächsten Termine zwangs-
weise vorzuführen zu lassen. Der Beschluß wird aber schwer
auszuführen sein, da der Angeklagte — nach Philadelphia „ver-
zogen“ ist.

Wegen Diebstahls ist ein wohlhabender Haus-
besitzer in Friedrichshagen zu einem Tage Gefängnis ver-
urtheilt worden. Er hatte seine beiden Kinder veranlaßt, von
den auf der Straße zu öffentlichen Pflasterungszwecken auf-
gestapelten Steinen einige auf seinen Hof zu schaffen, um damit
eine kleine Verbesserung ausführen zu lassen.

In **Bochum**, der Schienenstädterstadt, ging am Donnerstag
ein **Hausmanglerprozess**, welcher vor dem Schwurgericht ver-
handelt wurde, zu Ende. Von den 15 Angeklagten wurden drei
freigesprochen. Der Hauptschuldige wurde zu fünf Jahren Zuch-
haus verurtheilt; die übrigen Angeklagten erhielten eine Ge-
sammtstrafe von 14 Jahren Zuchthaus bis sechs Jahren Ge-
fängnis. Die Verurtheilten sind überwiesen worden, fängsig
und Hausarrests angefertigt zu haben.

Ein **Kämpfer für Religion**. Die „Kleine Presse“ be-
richtet aus einer Schöffengerichtssitzung vom 19. Februar in
Frankfurt a. M. folgendes:

Der Buchbindermeister van der Vorten ist wegen Miß-
handlung seines Lehrburschen angeklagt. Aus der Schilderung
des polizeilichen Zeugen ergibt sich, daß der Meister den Buben
mit seinen Bückstücken im Bett überließ und mit einem Stock
arg zurichtete, so daß er buhnde von Verletzungen
an seinem Leibe trug. Den Anlaß zu dieser ruffischen
Strafthat bot die angebliche Trägheit, Verlogenheit
und Verschlagenheit des Knaben, der kaum fünf Stunden
früher zur Nachtruhe hatte. Mehr als für das leibliche
Wohl des Buben war der Meister für dessen Seelenheil besorgt.
Wie er erzählt, habe er den Burschen in einer frommen Anstalt
in der Religion unterweisen lassen, will ihn auch sonst gut be-
handelt und für ihn nach Möglichkeit gesorgt haben. Bei dem
Strafantrag fällt die Sorge des Meisters für das Seelenheil des
Burschen als mitbedingender Umstand ins Gewicht und es wird nur
eine Geldstrafe von 200 M. beantragt. Das Gericht erkennt auf
50 M. mehr.

Als 250 M. für eine viehische Brutalität — mit Religion!
Wie hoch wäre die Strafe für eine solche Handlung ohne Re-
ligion ausgefallen?

Vermischtes.

Umsturz in Cisleben. Die „Saale-Zeitung“ berichtet:
Am 19. d. Mts. fand eine Versammlung von Vertretern aller
Verfassungen der Einwohner statt. Man einigte sich auf
den Vorschlag des Herrn Geheimen Rath Leukner dahin, dem
Landtage den Antrag zu unterbreiten, eine Staatshilfe zu ge-
währen. Der Abgeordnete Dr. Arendt soll damit betraut werden,
dem Finanzminister die Sache vorzutragen. — Heute Nacht er-
folgten, nachdem Stundenlang ein wirbendes Geräusch wahr-
zunehmen gewesen, wieder zwei Stöße; man hatte die Einschlagung,
als ob direkt unter Cisleben Zusammenbrüche erfolgten. Von
der Zimmerdecke fielen infolge der Stöße Pustbeilchen herunter.

Ein **weitverzweigter Falschmünzerbande** ist von der
Kriminalpolizei ermittelt worden. Das Haupt der Bande, die
sich mit der Anfertigung falscher preussischer Thalerstücke be-
schäftigte, ein Schlosser Hanfaro, ist in Altona verhaftet worden,
während die Festnahme seiner Komplizen in Landsberg erfolgte.
Die Werkstätte der Falschmünzer, in der sich viele Falschmün-
zervorstände, wurde aufgehoben.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Post-Adressen oder eine Stadt-
angabe), unter der die Antwort ertheilt werden soll.
Meißner. Ein „Cercle francais“ ist uns nicht bekannt;
sehen Sie doch in dem Adresskalender nach.
H. 20. Dr. med. Jabel, Annenstr. 46, Berlin.
H. 100. Die Geschwindigkeit der Elektricität beträgt
60 000 Meilen in der Sekunde.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, 23. Februar.
Opernhaus. Alessandro Stradella.
Schauspielhaus. Galati.
Deutsches Theater. Mann im Schatten.
Kessing-Theater. Aus Berlin W.
Neues Theater. Liebe von heut.
Kessing-Theater. Bernard's Ehekontrakt.
Berliner Theater. Herkules.
Theater Unter den Linden. Kapitän Carricillo.
Schiller-Theater. Der Schwabenstreich.
Sellenkianze-Theater. Verliebte Mädchen.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Oberheizer.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps.
Central-Theater. Unsere Rentiers.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Alexanderplatz-Theater. Maria Stuart.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Sonnabend, 23. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Schiller-Vorstellung.**
Abds. 8 Uhr: **Der Schwabenstreich.**
Freitag, den 24. Febr., nachm. 8 Uhr: **Abale und Liebe.** Abds. 8 Uhr: **Der Schwabenstreich.**
Abonnementhefte werden täglich von 11-1 und 6-8 Uhr ausgegeben.

National-Theater.

Große Frankfurterstrasse 132.
Sensationelle Novität!
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft **William Calder**
(Direktion H. Verstraete u. G. M. Polini).

Die lebende Brücke.

(The span of life.)
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Bone, überf. von H. Schwab. Dirigent: **Adolph Wiedicke.**
Elektr. Beleuchtungseffekte v. **Lafowsky.**
Regie: **Max Samst.**
Raffensöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

Alte Jakobstrasse Nr. 30.
Emil Thomas a. G.
Novität! Zum 3. Male: **Novität!**
Unsere Rentiers.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.
Musik von **Julius Einödshofer.**
Anfang 1/2 Uhr.
Montag: **Unsere Rentiers.**
Die für heute Sonntag, den 17. d. M. angekündigte Nachmittags-Vorstellung von **O. diese Berliner!** findet nächsten Sonntag, den 24. d. M. statt und werden bereits gelöste Billets an der Verkaufsstelle umgetauscht.

Ben.

Unter den Linden 21.
Jeden Sonntag
Nachmittags
Orientalische **Ali-Familienvorst.**
zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's
Wunder.
Täglich Anfang 1/2 8 Uhr.
Nur noch kurze Zeit.

Circus Renz

Carlstrasse.
Sonnabend, den 23. Februar 1895,
abends 7 1/2 Uhr:
Auf vielseitiges Verlangen:
Wiederholung der Parade-
Vorstellung
vom Donnerstag, den 7. Februar.
Gala-Fest-Akt,
arrangiert und inszeniert vom Direktor
Fr. Renz.
Auf, auf, zur fröhlichen Jagd!
Morgen Sonntag, 2 Vorstellungen:
nachmittags 4 Uhr:
Grosse humoristische Vorstellung
ermäßigter Preise
Die lustigen Heidelberger.
Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse ausserordentliche Vorstellung
Tjo Ni En.
Fr. Renz, Kommissionsratb.

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der ersten Pirouette-
u. Courbette-Tänzerin Englands
vom Prince of Wales-Theater in London.
Ein fideles Corps.
Große Gesangsposse mit Tanz.
Nach dem englischen Original „A Gaiety
Girl“ von Jones Sidney, frei bearbeitet
von Eduard Jacobson und Jean Kren.
Vorher:

Gefindeball.

Schwank in 1 Akt
von Ed. Jacobson und Jean Kren.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Feen-Palast

Furgstr. 22, neben der Gölse.

Riesen-

Februar-Programm.

Ein Liebes-Drama,
oder:
Der Brand auf der Taubenburg.
Das nurehige Haus
am Mitternacht.
Max und Moritz
Subenstreiche.
Die
Wunder-Elefanten.
James Capelli.
Miss Tanisan.
Wilhelm Fröbel.
Mary Myra Maa.
Anita & Jul. Schaffeur.
Truppe Largards etc.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntag: Konzert 6 Uhr,
Vorstellung 7 Uhr.

Die 30 000 Dollar-Uhr,

mit dem
Oberammergauer Festspiele
Jugstück d. Weltausstellung in Chicago.
Tafel mit 6 ersten Preisen gekrönt.
Ausgestellt in der „Passage“.
Entree 25 Pf. 1895M

Kaufmann's

Variété.

Beispielloser Erfolg!
Es braucht kein
Black-Patti
zu sein,
Naucke
als
White-Patti
ist auch nicht schlecht.
Und noch
16 Glanznummern!
In Vorbereitung:
Kneip-Genies
von
Emil Naucke
und
Arthur Fränkel.

Bock-Bräuerei

Tempelhofer Berg.
57. Bock-Saison.
Täglich: **Militär-Concert.**
Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, 24. Februar, von abends 6 Uhr an
bei **Keller, Kopenstr. 29** (Großer Saal mit sämtl. Nebenräumen)
Gr. Winterfest
mit Künstler-Konzert, Deklamationen, Kränzchen, großer
Bücherverloosung, Tombola, Scherze etc.
Billets (incl. Tanz), auch für Gäste, à 40 Pf., an allen Zahlstellen
und abends im Lokal; Loose à 20 Pf. ebenda selbst.
206/17

Urania

Anstalt für volksthümliche
Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaft-
lichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Parodie-Theater

Oranien-Strasse 52 (am Morispl.).
Madame Sans-Gêne.
Vorher:

Grand Café Unfallverhütung.

Zum Schluss:
Heimath.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!
Die Tiefen des dunkeln Erdtheils:
Die Dinka,
40 Männer, Frauen u. Kinder.
Das schockige Mädchen Marietta.
Weihnachts-Ausstellung
Passage-Panopticum.
Das
Riesen-Kind
mit den
24
Fingern.
Die Geburt eines kräftigen Knaben
zeigt hierdurch an
1757b Zahnarzt **Semmel.**
Donnerstag früh 8 1/2 Uhr entlies
samt nach kurzem aber schweren Leiden
mein innig geliebter Mann, unser guter
Vater, Bruder, Schwager und Onkel,
der Gastwirt
August Richter
im 50. Lebensjahre.
Dieses zeigt allen Verwandten und
Bekanntem tiefbetrübt an
Friederike Richter, geb. Mengert,
nebst Kindern.
Beerdigung findet Sonntag, 24. d. M.,
nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause,
Oberbergerstr. 49, aus nach dem Zion-
kirchhof in Weiskenseer Str.

Gejüngere „Senfelder“.

Sonntag, den 24. d. M., vorm. 9 1/2 Uhr,
bei **Berna u.**, Rosenthalerstr. 57:
Commers.
Freunde und Gönner unseres Ver-
eins sind zur Theilnahme freundlichst
eingeladen. 129 20
Der Vorstand.

Sozialdem. Arbeiter-Verein

für Köpenick und Umgeg.
Dienstag, den 26. Februar, abends
präzise 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Schulz, Schönfelderstrasse:
Vereinsversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **W. H.**
2. Diskussion.
3. Antrag des Vorstandes.
4. Das in Aussicht genommene Ver-
gnügen am ersten Osterfeiertag.
Der Vorstand.
52/10
Ein Theaterstück verl. in Niddorf,
Victoria-Säle, am Donnerstag Abend.
Abzug gegen Belohn. d. **P. Messtow**,
Schönleinstr. 6, 2. Hof part.

Vier Mark

kosten 2 Kabinet-
und 12 Bildbider
bei **Böhme**, Lindenstr. 43,
gegenüber der Zimmerstrasse.

Kleiderspind,

Vertiko, sof. spottb.
Tischlerei **Oranien-**
strasse 153, 3 Tr. 300H

Alte Stiefel,

gr. Ausw. Best. u.
Reparat. reell u. bill.
Kunge, Reichenbergerstr. 178. (1764b

Milchgeschäfts-

Werkzeuge und
Jordan, Kleine Markstr. 28.

Hosen! Hosen!

billig Pfandleihe **Staligerstr. 13.**

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Sonntag, den 24. Februar, bei **Zubeil**, Lindenstr. 106:
Abend-Unterhaltung.
Um 7 Uhr: Vortrag des Genossen **Schöpflin** über: „Aberglaube“.
Entree 10 Pf. [40/1] **Der Vorstand.**

Gr. Volksversammlung

zum Besten der
Arbeiter-Bildungsschule
Montag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in **Noack's Festsaal**,
Brunnenstrasse 16. 56/17
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des **Hrn. Dr. Zadek**: „Der Kampf wider
die Tuberkulose oder moderne Medizin.“ 2. Diskussion.
Die Frauen, sowie die Genossen aus dem 6. Wahlkreis werden gebeten,
recht zahlreich zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Arbeiter-Bildungsschule

Am Sonntag, den 24. Februar 1895, mittags 12 Uhr:
Für die Teilnehmer am Unterricht in der Naturerkenntnis
Besichtigung der paläontologischen Abteilung des
Museums für Naturkunde,
Invalidenstr. 42, unter Leitung des Lehrers **Herrn Heinrich Schulz.**
Treffpunkt pünktlich 12 Uhr vor dem Museum. 56/18
Der Vorstand.

Achtung! Steinarbeiter Achtung!

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr:
Gr. öffentl. Steinarbeiter-Versammlung
bei **Herrn Deigmüller**, Alte Jakobstr. 48a.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die technische Revolution“. 2. Abstimmung über
den nächsten Kongressort und Anträge zu demselben. 3. Verschiedenes.
Wegen der wichtigen Tages-Ordnung wird ein jeder Kollege ersucht, zu
erscheinen. 227/15 **Der Vertrauensmann.**

Achtung Former!

Montag, den 25. Februar, abends 8 Uhr
Öffentliche Versammlung der Former
und Berufsgenossen
in **Hoffmann's Festsaal**, Oranienstr. 180.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Otto Näher**. 2. Diskussion. 3. Wahl eines
Vertrauensmannes. 4. Die bestehenden Mißstände in den Metallgießereien.
5. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen ist dringend nötig.
67/2 **Der Vertrauensmann: H. Poose.**

Freie eingeschriebene Hilfskassen

Verband Hamburg.
Sonntag, 24. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, bei **Miencke**, Alte Jakobstr. 83
Versammlung
aller Vorstände obengenannter Kassen.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Festsetzung einer Geschäfts-Ordnung für
die Kommission. 3. Verschiedenes. 129/12
Die Kommission. **J. A. P. Schneider**, Blumenstr. 29.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Deigmüller**,
Alte Jakobstr. 48a:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **O. Raedorf**: „Ist der Mensch das Produkt
seiner Arbeit.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 204/6
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Schöneberg.

Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr, in **Bekner's Salon**,
Grünwald-Strasse 110.
Große öffentliche
Gewerkschafts-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Th. Glocke** über: „Ringe, Trusts und
Kartelle, die letzten Faktoren der kapitalistischen Entwicklung.“ 2. Diskussion.
3. Konstituierung der Gewerkschaftskommission. 4. Anträge.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
259/5 **Der Einberufer.**

Stehbierhalle,

billige Miethe, langer Kontrakt, Nach-
konfession, sofort für jeden Preis ver-
käuflich. **Alte Jakobstr. 137.**
Wohnungen, 1-3 Stuben von 7 bis
30 M. monatlich, sofort od. 1. April
Heinrichsdorferstr. 28. 1633E

Wohnungen, kleine, freundl., sofort

oder später **Grünauerstr. 25.** 2551b

Görlicherstr. 42 mehrere freundl.

Hinterwohnungen, v. 204 M. an, zum
1. April 1895 zu vermieten.
Häufelstr. 13 bill. Wohnungen 1
und 3 Tr. 2646b

Freundl. Schlafst. f. Hrn., sep., 6 M.

Langestr. 3, 4 Tr. **Hirtz.** 1775b

Arbeitsmarkt.

Mamsfeld auf Mädchenjaquetts, auch
3. Lernen, verl. **Idler**, Oberbergerstr. 23
Abbrecherinnen, besonders aber
geübte Ausschereinnen finden sofort Be-
schäftigung bei Strickgießerei **Emil**
Gursch, S. Ritterstr. 90.

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 22. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Voffe. Auf der Tagesordnung steht die erste Verathung des Kultusetats.

Bei Titel I, Einnahmen des evangelischen Kultus 43638 M., unter welchen sich 1/3 des Bedarfs der Befoldungen für die Konvikte der Provinz Hannover aus dem Hannoverischen Klosterfonds mit 29347 M. befindet, fragt

Abg. v. Strombeck an, warum die von Seiten der Staatsregierung bereits 1891 in Aussicht gestellte Publikation der die Bildung jener Fonds betreffenden Kabinettsordres noch nicht erfolgt sei.

Minister v. Voffe: Ich bin mit dem Finanzminister in Verhandlungen getreten und wenn diese abgeschlossen sind, wird die Regierung weitere Mittheilungen über ihre Auffassung machen.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Brandenburg (3.) und Sattler (mitl.) wird zum ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers übergegangen.

Abg. Danzenberg (3.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man im Reichstage und hier den Klagen des Zentrums jede Berücksichtigung abgesprochen habe.

Abg. v. Jazdzewski: Die deutsche Sprache wird ja bei allen anderen Unterrichtgegenständen verwendet, da kann der Religionsunterricht doch wohl in der Muttersprache erfolgen, damit habe die Agitation gar nichts zu thun.

Minister Voffe: Von der Sprache kann nicht abgesehen werden, weil die Gefahr der Polonisation deutscher Kinder nahe liegt.

Abg. Kürste (Hr. Sp.) befreit, daß die Volksschule eine Kirchenschule sei; sie sei eine staatliche Einrichtung und werde es wohl auch bleiben, wenn die altpreussischen Grundsätze in Anwendung blieben.

Minister Voffe: Ich möchte mir die Antwort vorbehalten, da ich nicht darauf gefaßt war, daß die Sache heute schon angebracht würde.

Abg. Pleh (3.): Unsere Beschwerden sind für uns keine Kleinigkeiten; hält der Minister sie dafür, so liegt es in seiner Hand, sie zu beseitigen.

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag 11 Uhr. (Kultusetat.)

Gerichts-Beitrag.

Der Mordprozess Breitrad in Altona, über den wir vor einigen Tagen bereits berichtet haben, ist noch nicht zu Ende geführt worden.

Am zweiten Tage der Verhandlung war der Anbruch des Publikums zum Justizgebäude in Altona noch größer als am ersten Tage.

Der Verthigungsprozess gegen Schapira und Genossen in Wien dürfte eine volle Woche beanspruchen.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag, da unsere Lokalbehörden noch viel rücksichtloser als anderwärts sind.

ireisende durch das ihm zugedachte Muster für befriedigt, dann wurde zum Abflusse des Geschäfts und Ablieferung der Waare ein Stellbillet in London, Rotterdam, Berlin oder Breslau bestimmt.

Versammlungen.

Die Kontobuch-Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am 17. Februar bei W i e n e d e, Alte Jakobstr. 68, eine Versammlung ab.

Östliche Gesellschaft. Sonntag, abends 6 1/2 Uhr, in den Kranichhallen, Sonnenbühlstr. 20, Versammlung.

Verband der an Polierarbeiten-Maschinen beschäftigten Arbeiter. Sonntag, den 21. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Witzke, Andreasstr. 26, öffentliche Versammlung.

Verband der Wäpelerischen Vereine und Jungend. Montag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, Waldemarstr. 76, Versammlung.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Abg. v. Jazdzewski: Wenn die Katholiken sich schon so beklagen, so können Sie ersehen, wie schlimm es erst um Polen gehen mag.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bezirks-Versammlungen.

Osten: Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Nieft, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über Berufs-krankheiten. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. Zu dieser Versammlung ist die Werkstätt von Rühl u. Schulz, Kraußstr. 88 eingeladen.

Moabit: Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Lange, Stromstraße 28. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Entscheidungen des Gewerbe-gerichts.“ Referent: W. Wach. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Parquetbodenleger.

Sonntag, vorm. 10 Uhr, bei Schöning, Stallschreiberstr. 29:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Das Zwischenmeister-System bei den Bodenlegern. Referent: Th. Glocke. 2. Diskussion. 3. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 4. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 25. Februar 1895, abends 8^{1/2} Uhr

Bezirks-Versammlung für den Norden

im Holberger Salon, Holbergerstraße 23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Schöpplin. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag, den 26. Februar 1895, abends 8^{1/2} Uhr

Bezirks-Versammlung für Moabit und Charlottenburg

im Viktoria-Salon, Verlegerstraße 13.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Liska über: „Wirtschaftliche Krisen und Sozialreform.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreichen und pünktlichen Besuch obiger Versammlungen ersucht Der Vorstand.

Berein für arzneilose Heilweise.

Der Verein veranstaltet sein

Wintervergnügen

am Sonnabend, den 23. Februar, im Lokal Schützenstr. 1, Charlottenburg, Berlinerstr. 88a, wozu alle Mitglieder und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden.

Billets sind bei Fr. Kube, Berlinerstr. 125, Bieling, Wallstr. 6, und Franz, Wallstr. 86, zu haben.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.

Franz Tutzauer, SW. Blücherstr. 14.

Halb und Halb.
Mamppe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche
Mark 1,25
Carl Mamppe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

Oranien-Bad, Oranienstraße 44,
zw. Moritz- u. Oranienplatz.
Bäder-Eiseraut für sämtl. Krankenkassen Berlins u. Umgegend.
Dampfbad, Packung in seidene Laken. Massage. Vereins-
mitglieder zahlen nur 75 Pfg. pro Bad mit Packung u. Massage.
Wannenbäder. 3 Bäder mit Seife u. Handtücher 1 Mk.
Außerdem: Sool, Schwefel, Sitzbäder. Neu eingerichtete
Abtheilung: Güsse, Wickel etc. System Knolpp.

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brantweine,
alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak.
O. J. Engelke, Neue Jacobsstr. 26.
Kleinverkauf von 10 Pf. ab.

Bräuerei Müggelschloßchen

Friedrichshagen

empfehl **Helles Versandbier,**

Friedrichsbräu (nach Münchener Art gebraut).

Specialität: **Bock Ale.**

Fernsprecher: Amt Friedrichshagen 4. Comtoir in Berlin O., Frankfurter Allee 62.

Kein Flaschenbier - Geschäft.

Ausverkauf

v. Möbeln, Spiegeln u. Polster-
waaren wegen Aufgabe des Ladens-
geschäfts zu herabgesetzten Preisen
von

Julius Apelt,
Sebastianstr. 20.

Alle Uhren 54621.*

werden sauber und sorgfältig repariert
unter Garantie des Gutgehens für
1,50 Mark (außer Bruch) bei

W. Winkler,

Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g,
gegenüber der Dankes-Kirche.
Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Möbel-

Gelegenheitskauf

zu außerordentlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200—1000 M. Theilzahlung ge-
staltet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-
Kleiderspinden und Vertikows 30 M.,
einfache 15 M., Sophas, Bettstellen
mit Matrassen 20 M., Waschtisellen,
Küchenspinden, Kommoden 12 M.,
Stühle 3 M., Sophas 6 M.,
Säulen-Trumeaux 65 M., Tisch-
garnitur 80 u. 100 M., Wuschelspinden
40 M., Paneelsophas 80 M., Buffets,
Silberschränke, Herren-Schreibtische,
Schreibsekretäre, Zylinder-Bureauz,
Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu
halben Preisen und sollte es niemand
veräumen, der gut und reell kaufen
will, mein großes Lager zu besichtigen.
Gekaufte Möbel werden bis 1. April
kostenfrei aufbewahrt, transportiert
und aufgestellt. 16849*
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Schuh u. Stiefel

mit Kontrollmarke. (14921.*
Empfehle mein Schuh- u. Stiefel-
Geschäft Gr. Nußb. u. Winter-Artikeln.

Louis Zaake,
Küstriner Platz Nr. 8.

Hausbaummöbel.

Verkaufe sofort meine vollständige
Wohnzimmer- u. Schlafzimmer-Einricht-
ung einzeln, spottbillig. (Brautleuten
empfehlenswerth) Landwehrstr. 5/6, I.

In **Roh-**
Tabaken
und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten
!! billigster
Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Jede Uhr
reparieren u. reinigen kostet
bei mir unter Garantie des
Gutgehens nur 1,50 M.,
außer Bruch, kleine Re-
paraturen billiger. Großes
Lager neuer u. gebrauchter
Taschenuhren, Regulatoren u. Becker etc.
Alle Arten Ketten, sowie Brillen und
Binocenz. 13992*
Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.
Bitte genau auf No. 34 zu achten.

Große Berliner Schneider-Akademie.

Berlin C., Rothes Schloss nur No. 1.
1511L.*
Größte und besuchteste Fachschule; alleiniger Unterricht nach
der unübertreffbaren und allgemein als beste anerkannten Methode
Fuhls. Wirkliche Garantie für gezielte theoretische und besonders
praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei.
Kostenfreier Stellennachweis. Prospekte gratis. — Empfehlenswerth:
Lehrbücher für Herren- und Damenschneiderei. — Man beachte genau
unsere Firma und Hausnummer: nur No. 1. Die Direktion.

Wichtig für Jedermann!

Gegen wolkene Lumpen aller Art liefern moderne, haltbare Kleider,
Hutrock- und Fäuserstoffe, Schlafrocken, Teppiche, sowie Fuchsin,
blau Cheviot und Foden anerkannt billig. — Muster frei.

Gebrüder Cohn, Ballenstedt a. Harz 7.

Sammelstelle und Musterlager in Berlin: NW., Sünderstr. 36 u. I.
bei Frau S. Jablonshy, sowie in deren Filialen: C., Gärtenstr. 21 und
Prenzlauerstraße 18, bei E. Faum; N., Dionskirch-Platz 3 bei
A. Gorbler. 1465L.*

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur
1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager
neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silberne
Zylinder-Remontoirs, 8 Steine, von 12 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an,
goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silber-
waaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen

E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62.
5466L.* Uhrmacher. Chausseestr. 78

Alle soliden Herren-

luche, Cheviot, Kammgarn u. s. w. von den einfachsten bis zu den feinsten,
liefert zu Fabrikpreisen die Aachener Tuch-Industrie, Aachen, Franz-
straße. Reichhaltige, gezielte Musterauswahl kostenlos an jedermann!
Spezialität: Monopol-Cheviot, 3^{er} m, schwarz, blau od. braun,
zu einem soliden, mo-
dernem Anzug! für jehu Mark! Direkter Bezug vom Fabrikort Aachen,
welchbekannt durch seine guten, reellen
Tuchwaaren! Ohne Konkurrenz! 281M

Brenn- und Politur-Spiritüs, Prima Spirit liefern Wieder-
treibenden zu sehr billigen Preisen Hermann Meyer & Co., Berlin, Brunnenstr. 39.

Fritz Bock, Herren- u. Knabengarderobe,

Schneidermeister, Oranienstr. 204.
fertig und nach Maß. — Garantie für tadellosten Sitz.
Große Auswahl in deutschen und englischen Stoffen.
Bestellungen in kürzester Zeit. — Billigste, feste Preise.

Achtung!! Vereinshaus, Schönhauser Allee 28.

Saal zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Destillation.
Einige Sonnabende im März noch frei. Max Mörschel.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Königsstr. 59, vorn I., sollen über
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
Zeit verließen gewesene u. neue Möbel
spottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M.
Theilzahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchen-
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
Bettstellen mit Springsfeder-Matrassen
18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3
M., hochfeine Wuschelspinden über
40, Tischgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibtische, Damenschreibtische 30,
Zylinderbureauz, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenspinden, Paneel-
sophas 75, Buffets, Trumeaux 65 M.,
Betten, Coullisentische, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Einzelpreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
größtes Möbellager Berlins zu be-
sichtigen u. sich von den staunend billigen
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
können bis April kostenfrei stehen
bleiben und werden durch eigene Ge-
spanne transportiert und aufgestellt.

Stempel- u. Abzeichen-Fabrik.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuh-
fabrik von W. Hirschko, gegründet 1872,
Stalitzerstr. 13, Ecke Admiralsstraße,
am Kottbuscher Thor. 1387L.*
Durch 16839*

Anlauf auf Aktionen und Kontur-
massen bin ich in der Lage, jedes Stück
billiger zu verkaufen als alle anderen
Geschäfte. Ich verkaufe daher:
Hochelegante Einsegnungs-
Anzüge von 9,50 M. an
Hohelegante Herren-Sommer-
Paletots von 8,75 „ „
Elegante Damenmäntel und
Jaquets von 5,50 „ „
Hocheleg. Herrenanzüge v. 12,50 „ „
Hocheleg. Herrenhosen von 2,75 „ „
Leber- und Arbeitshosen zu 2,35 „ „
Hocheleg. Kellner-Jaquets
und Hosen von 4,75 „ „
Anaben- und Burschenanzüge in allen
Größen. Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche,
Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel,
Revolver, Leuchtinge, Gewehre, Har-
monika's, Beilen, Uhren, Ketten, Ringe
u. s. w. zu enorm billigen Preisen.
Gustav Lucke, Waarenhaus,
131. Oranienstr. 131.

Friseurin empfiehlt sich in und
außer dem Hause
Mantuffel-Str. 110a, Of. Lp. Nordberg

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmarkt.
Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren
1 Mark. Garantie rein amerikanische
Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pfg.
1463L.*
B. F. Dinlage,
Kottbuscherstr. 4, Hof part.

Herren-Hüte 1,25
Konfirmanten-Hüte 1,25
neueste Jagend verkauft das Fabrik-
komptoir, Georgenkirchstr. 6 II.

Für Parteigenossen.
Krankheitshalber will ich mein Schank-
geschäft sobald als möglich verkaufen.
16838* W. Schmidt, Adalbertstr. 16.

Orchestron-Konzert
Weinbergsweg 11D. 2609b
Richard Schiele's 2661b*

Concordia - Garten,
(Zum Wasserwerk) Lichtenberg,
Landsberger Chaussee 1. (Verbind. v. d.
Petersburgerstr.) Jed. Sonntag: Gr. Ball
unter Leitung d. Tanzl. Ost. Kirchner.
Empf. m. Saal, ca. 600 Pers. fass., für
Vereine, Festlichkeiten u. Versammlung.

Mart. Berndt's Würstelstube
empfehl nach wie vor allen Freunden
und Bekannten seinen vorzüglichen
Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch.
Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab:
ff. Eisbeine. Für gute Biere ist selbst-
verständlich bestens Sorge getragen. Um
zahlreichen Besuch bittet Martin Berndt,
Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.

Fest-Saal Oranienstr. 180.
Sonnabende und Sonntage zu Ver-
sammlungen und Tanz frei. 2546b.

Carl Tutzauer
Admiralsstr. 36.
Säle für Vereine.
Kegelbahn
noch einige Tage frei.

Fest-Saal mit Bühne
Brunnenstr. 188
(500 Personen) zu Versammlungen
und Festlichkeiten noch einige Tage frei.
W. Gründel.

Oswald Grauer
121, Oranienstr. 121.
Zimmer für Vereine mit Piano,
40—50 Personen fassend.
Kegelbahn.

Waarenhaus Sigm. Simonsohn, Oranienstraße 166, 2. Haus vom Oranienplatz.
1 Ltr. 85% Brennspiritüs 20 Pfg. | 1/4 holl. Cacao 43 Pfg. | 1/4 Ltr. alter Cognac 1,00 M. | 10 Stk. gute Cigarren 27 Pfg.